

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 44. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3 2009

Die USA – unser Retter?

Sind wir gutgläubig, naiv oder einfach amerikageprägt?



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Unwiderrspochen konnte der Direktor des Seco, Jean Daniel Gerber, am Apéro der Valiant Bank verkünden (Zitat): **«Die USA lösten die Wirtschaftskrise aus, die Amerikaner werden aber auch das Land sein, das uns aus der Krise hilft!»**

Dabei ist Herrn Gerber zuzustimmen, dass die Amerikaner die Krise fundamental verschuldet haben. Über die finanziellen Aspekte habe ich im Artikel «Der Leerlauf von Davos» in der Februar-Nummer diskutiert. Hier ist lediglich noch hinzuzufügen, dass fast weltweit

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

noch immer mit der weiteren Flutung und Verbreitung wertloser Papierdollars versucht wird der Krise Herr zu werden. So hat die USA allein im letzten Halbjahr die Geldbasis von 0,9 Trillionen Dollar auf 2,25 Trillionen ausgeweitet. Unter einer derartigen Last muss das Vertrauen der einfachen Bürger und der institutionellen Anleger zusammenbrechen. Die einzigen, die von dieser Situation profitieren,

sind die Angehörigen der Finanz-Mafia, die seit Monaten auf Baisse spekulieren und massive, reale Gewinne einfahren werden, da sie solide Werte wie Infrastruktur-Anlagen, Minen und Industrieanlagen zu einem Pappenstil erwerben können.

(Bei diesem traurigen Spiel sollen sogar ehemalige Mitglieder der Bush-Regierung – z.B. Dick Cheney – mitmachen).

Was dabei möglich ist, haben die heutigen, russischen Milliardäre vorgemacht, als sie nach dem Zusammenbruch der UdSSR volkseigene Anlagen für ein «Nichts» erwerben konnten.

Dass Putin diese zum Teil wieder enteignet hat, liess Letzteren zum meistgehassten Mann der Finanz- und Wirtschaftselite werden.

Der Krieg – Vater aller Dinge?!

Wir haben bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die USA geradezu süchtig nach Kriegen sind. Wer als grosser amerikanischer Präsident in die Geschichte eingehen will, muss Kriege geführt und (möglichst) gewonnen haben. Dieses Bestreben mag eine der Triebfedern für die Eröffnung des Irakkrieges und des Afghanistan-Feldzuges von George W. Bush gewesen sein. Nach dem Scheitern seiner Hoffnungen und sichtlicher Kriegsmüdigkeit des amerikanischen Volkes hoffte man auf Grund von Wahlkampf-Aussagen von Barack Hussein Obama auf eine Wende hin zu einer friedlichen Gleichberechtigung aller Völker.

Diese Hoffnung kann man bereits heute auf den Müllhaufen der Geschichte werfen!

An der Sicherheitskonferenz in München vom 7. Februar 2009 ging vom Vizepräsidenten der USA Joseph Biden eine ganz andere



Botschaft aus:

Er verteidigte mit aller Konsequenz den masslosen und unberechtigten Führungsanspruch der USA mit seinem Macht- und Ausbeutungssystem und verlangte zusätzlich die verstärkte Mithilfe der NATO-Partner auf militärischem und finanziellem Gebiet.

Und der US-Sicherheitsberater General James Jones zitierte den neuen US-Präsidenten Obama (Zitat): **«Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu bewältigen, müssen die USA alle Elemente ihrer Einflussnahme koordinieren: «Unser Militär und unsere Diplomatie, unsere Wirtschaft und unsere Geheimdienste, unsere Fähigkeit zur Durchsetzung des Rechts, unseren kulturellen Einfluss und, wie gestern erwähnt wurde, die Macht unseres moralischen Beispiels, in Kürze, unsere Werte.»**

Das ist eine klare Ankündigung der «neuen» Politik Obamas nach dem Motto: **Und willst du nicht mein Freund mir sein, so schlag ich dir den Schädel ein!**

Nun sind Kriege jedoch – aus einer andern Sicht betrachtet, riesige Werte-Vernichtungsunternehmen.

Also etwas, das die überschuldeten Vereinigten Staaten nun wirklich nicht benötigen. Aber eben – trotz aller Werte-Vernichtung profitiert davon der militärisch-industrielle Komplex und dieser ist in den USA sehr stark und politisch einflussreich.

Soeben hat Obama angekündigt, dass der Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak sich verzögern werde und dass bis zu 50 000 US-Soldaten im Lande bleiben sollen. – Das riesige Militärcamp bei

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Ideologisch korrekte Wissenschaft
- 4 Der Bundesrat plant Fürchterliches
- 5 Die Schweiz – Das Paradies auf Erden
- 6 Das Problem der Wahrnehmung
- 7 Kampf mit den Betonmischern
- 8 Marktplatz
- 9 Asiatische Atomprogramme
- 10 Bald ist Israel am Ziel

Die USA – unser Retter?

Fortsetzung von Seite 1

Bagdad muss doch gesichert und für die Ölförderung zugunsten der grossen Ölmultis sichergestellt werden.

Und es sollen weitere 30 000 US-Soldaten nach Afghanistan verlegt werden. Zudem verlangen die Amerikaner militärische und finanzielle Hilfen für diesen Krieg von ihren NATO-Partnern. Der Musterschüler Deutschland ist bereits heute in Afghanistan unter Verletzung des Grundgesetzes massiv involviert.

Es ist offensichtlich – die Friedensschalmeien des Wahlkampfes von Obama sind verklungen!

Und die Milliarden-Kosten will man weiterhin mit wertlosen Papierdollars, US-Schulden, UK-Schulden und überhaupt Schulden der NATO-Staaten abdecken.

Angesichts der neuesten Budget-Zahlen der USA – man rechnet im



Der im Besitz der USA befindliche Militärstützpunkt Guantánamo auf Kuba, wo die Gefangenen unter unmenschlichen Bedingungen verwahrt wurden, ist mehr als hundert Jahre in US-Besitz.

laufenden Haushaltjahr mit einem 1750 Milliarden-Dollar-Defizit – das sind 12,3 % des Bruttoinlandproduktes – ist es geradezu abenteuerlich, wenn Jean Daniel Gerber für die nächsten Jahre Hilfe von den USA für den Wiederaufbau einer funktionierenden Weltwirtschaft erwartet. Vielmehr ist zu befürchten, dass ob der innenpolitischen Schwierigkeiten, die unausweichlich immer grösser werden, mit neuen Kriegsabenteuern abgelenkt werden wird.

Wer sich der Kriegspolitik nicht fügt, muss auch im heutigen Amerika mit dem Schlimmsten rechnen. Am 30. August 2007 flog ein



Der Druck aus dem Weissen Haus auf die Schweiz nimmt massiv zu.

B-52 Bomber mit sechs Atomsprenköpfen quer durch die USA Richtung Osten und landete aber statt im Nahen Orient «unplanmässig» in Florida. Bereits am 22. September desselben Jahres waren sechs Besatzungsmitglieder dieses Bombers unabhängig voneinander bei «Unfällen» ums Leben gekommen. Honny soit, qui mal y pense!

Ein mutiger US-Abgeordneter – Dr. Ron Paul – spricht Klartext!

Schon früh benannte dieser das «Weltfinanzsystem» als die Betruggrundlage und Ursache der verheerenden Ungerechtigkeiten und der katastrophalen Kriege der letzten Jahre. Deshalb lancierte er die Forderung zur Auflösung der Federal-Reserve-Bank (Fed). Nach seiner Auffassung wäre dies ein Befreiungsschlag und böte einen Ansatz für die Schaffung einer neuen Finanz- und Wirtschaftsordnung. Ron Paul sagte wörtlich: **«Die Federal-Reserve-Bank unterstützt die Willkür der Regierung, ist ausserdem illegal und moralisch verwerflich. Einzelpersonen ist Geldfälschen verboten. Warum erlauben wir einer Bank, insgeheim Falschgeld zu produzieren? Es gibt viele Gründe, eine Zentralbank abzuschaffen, die uns so viel Schaden zufügt.»**

In einem Interview wurde Dr. Ron Paul die folgende Frage vorgelegt: *Erst vor einem Jahr wurden in der National Intelligence Estimate NIE (= in der Einschätzung aller US-Geheimdienste) die Behauptung zurückgewiesen, Iran sei dabei, eine Atomwaffe herzustellen. Und jetzt gibt es trotzdem in Washington wieder viel Gerede über einen Krieg gegen Iran. Warum ist das so?*



«Und willst du nicht mein Freund mir sein, so schlag ich dir den Schädel ein.»

Er antwortete (Zitat):

Nun ich denke, dafür gibt es eine Menge Gründe. Öl ist sicher ein wichtiger Grund. Dazu gehört die Einstellung der Neokonservativen, wir sind die Guten und sagen

anderen, was sie zu tun und zu lassen haben. Und Israel steckt sicher auch dahinter.

Mit einer Menge Falschinformationen versucht man Emotionen zu schüren. Das amerikanische Volk will aber das alles nicht mehr. Obama war eigentlich der erhoffte Friedenskandidat. Er hat viel von Frieden geredet und deshalb gewonnen. Aber das zählt jetzt nicht mehr. Wenn es um die konkrete Politik geht, bleibt immer alles beim Alten. Aber der Bankrott unseres Landes könnte die Rettung sein. Wir werden uns diese Kriege kaum noch leisten können.

Auch die Sowjets mussten damals in Afghanistan aufgeben, weil ihnen das Geld ausging und ihr System scheiterte. Wenn auch unser System scheitert, könnte das unser Glück im Unglück sein.

Wir können nur hoffen, dass unser Land bei dem zu erwartenden Zusammenbruch nicht in die Tiefe gerissen wird.

So oder so wird die Aussage Jean Daniel Gerbers Lügen gestraft werden. Sicher können wir nicht aus der Krise kommen, indem wir uns an die amerikanische Unrechtspolitik anhängen. Das müssen wir schon selber schaffen

- durch korrektes, sauberes Geschäftsgebaren gegenüber der ganzen Welt; (dazu gehören auch die Banken!)
- durch seriöse, intelligente Arbeit im industriellen Bereich;
- durch Festhalten an den bewährten Maximen der immerwährenden, bewaffneten Neutralität;
- durch unsere Solidarität mit den Notleidenden und mit
- der Disponibilität für Vermittlungsdienste aller Art auf dem politischen Parkett.



Wann immer Rezessionen in den USA sich bemerkbar machten, griff Washington zum Krieg, um diese zu beseitigen. Die Rüstungsindustrie profitierte enorm davon.

Ideologisch korrekte Wissenschaft

Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Unabhängigkeit gehören zu den Tugenden, die von Wissenschaftlern erwartet werden. Da wir aber nicht in der bestmöglichen Welt leben, kann es vorkommen, dass Wissenschaftler ihre Ergebnisse fälschen oder erfinden, um schneller zu Ruhm und Ehre zu gelangen. Sie können ebenfalls von Trends, vom jeweiligen Zeitgeist beeinflusst werden. So vertraten in der Vergangenheit sowohl rechts- wie auch linksorientierte Forscher eugenische, rassistische oder antisemitische Ansichten. Die Wissenschaft kann aber auch direkt durch Ideologie beeinflusst werden: Forscher können im Dienst einer Ideologie stehen und ihre Forschungsinhalte und -ergebnisse mit dieser Ideologie in Übereinstimmung bringen. Im Buch *«Science and Ideology»* [1] spricht Mark Walker in solchen Fällen von «ideologisch korrekter Wissenschaft»: Die französischen Revolutionäre bemühten sich beispielsweise, eine «demokratische», «un aristokratische» Wissenschaft aufzubauen. Die Sowjetunion versuchte ihrerseits, eine «proletarische» Wissenschaft zu entwickeln, während im Hitler-Deutschland eine «arische» Wissenschaft angestrebt wurde.

Menschenrechte und Wissenschaft

Die Zusammenhänge zwischen Ideologie und Wissenschaft wurden bisher vor allem bei Diktaturen untersucht. Ist folglich anzunehmen, dass Demokratie und Menschenrechte die Freiheit und Unabhängigkeit der Forscher besser schützen? Zwei Beispiele erlauben, daran Zweifel zu hegen:

1) Die Härte der Zensur hängt nicht zwingend mit der Intensität der politischen Unterdrückung zusammen. So fand einer der intensivsten Zensurfälle in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den angelsächsischen Demokratien statt: Wissenschaftler, die Intelligenzunterschiede in Bezug auf Geschlecht oder Rasse studierten, kamen massiv unter Beschuss. [2] Forscher wie Hans-Jürgen Eysenck, Richard Herrnstein, Charles Murray, Philippe Rushton, Richard Lynn oder Michael Levin wurden verschiedenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt: Protestaktionen, Hetzkampagnen, Prozessen, Versuchen der Stellenkündigung, Todesdrohungen, Überfällen bis hin zu Brandstiftungen.

2) Das Nichtdiskriminierungsgebot der Menschenrechte kann zu

Betrug führen: Im Buch *«Die AIDS-Pandemie»* [3] behauptet der Epidemiologe James Chin, die UNO und AIDS-Aktivistinnen hätten in der westlichen Welt jahrelang das Ausbreitungsrisiko des HIV bei Heterosexuellen übertrieben, um die eigentlichen Risikogruppen (Homosexuelle und Drogensüchtige) vor Stigmatisierung zu schützen. Stimmt Chins Behauptung, hätten wir es mit einem massiven Betrugsfall zu tun und könnten zweifellos von ideologisch korrekter Wissenschaft sprechen.

Veröffentlichung verzögert

Die Arbeiten des Soziologen Robert Putnam bilden ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ideologie der Menschenrechte sich auf die Forschung auswirken kann: Können ideologisch «unkorrekte» Fakten nicht mehr verschwiegen werden, bemüht man sich, sie schönzureden. Putnam ist mit seinem Buch *«Bowling alone»* über den Zerfall des Sozialkapitals – d.h. der sozialen Beziehungen – in den Vereinigten Staaten berühmt geworden. Bei der Untersuchung der Ursachen dieses Zerfalls interessierte sich Putnam u.a. für die Wirkungen von ethnischer Uneinheitlichkeit. Er stellte fest: Je höher der Uneinheitlichkeitsgrad, desto geringer das Vertrauen zwischen den Menschen und der gesellschaftliche Zusammenhalt. Zwar war Putnams Studie schon im Jahr 2001 abgeschlossen, jedoch erschrak der Soziologe derart über das Ergebnis, dass er beschloss, die Veröffentlichung zu verschieben, um sich positive Argumente zugunsten der Einwanderung ausdenken zu können. Er hielt es für unverantwortlich, die Studie ohne positives Korrektiv zu publizieren. Am 9. Oktober 2006 erwähnte aber der Journalist John Lloyd die Studie in der *«Financial Times»*. Putnam fühlte sich verraten und klagte, dies sei mit Abstand seine schlimmste Erfahrung mit den Medien gewesen. Lloyd konnten aber keine inhaltlichen Fehler nachgewiesen werden. [4]

Ethnische Vielfalt schadet gesellschaftlichem Zusammenhalt

Putnams Studie erschien schliesslich im Jahr 2007. [5] Die wichtigsten Fakten lassen sich folgenderweise zusammenfassen: Um die Wirkungen von ethnischer Uneinheitlichkeit auf das Sozialkapital zu messen, untersuchte Putnam 41 Gemeinschaften unterschiedlicher Grösse in allen Teilen der Ver-



Sein eigenes Süppchen kochen...

einigten Staaten; insgesamt wurden um die 30 000 Menschen befragt. In einem ersten Schritt stellte Putnam fest: Je höher der Uneinheitlichkeitsgrad, desto geringer das Vertrauen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Anhand weiterer Variablen (Vertrauen zu Nachbarn und Vertrauen zur eigenen Ethnie) stellte sich aber noch heraus, dass Menschen, die in uneinheitlichen Gemeinschaften leben, ihren Nachbarn – egal welcher Ethnie – weniger vertrauen als Menschen, die in einheitlicheren Gemeinschaften leben. Zunehmende ethnische Uneinheitlichkeit scheint also zu sozialer Auflösung zu führen. Die Menschen verhalten sich, so Putnam, wie «Schildkröten» und ziehen den Kopf ein: Sie haben weniger Vertrauen in lokale Regierungen und Medien; sie wählen seltener, nehmen aber öfters an Protestaktionen teil; sie rechnen weniger mit der Hilfe ihrer Mitmenschen; ihre Spendenbereitschaft nimmt ab; sie haben weniger enge Freunde; ihre Lebensqualität erachten sie als niedriger; sie verbringen mehr Zeit vor dem Fernseher und sehen darin ihre wichtigste Unterhaltungsform.

Schönrederei

Obwohl seine Studie erschütternde Ergebnisse liefert, bemüht sich Putnam, den Leser davon zu überzeugen, Einwanderung sei ein durchaus positives Phänomen: Sie habe zwar kurz- und mittelfristig negative Folgen, sei aber erstrebenswert und lohne sich langfristig. Putnam unterstreicht mehrmals, wie wichtig es sei, dass die

Einwanderungsländer offenere und integrationsfördernde Identitätsformen entwickeln. In der Tat sind integrierte Zuwanderer grundsätzlich wünschenswerter als unintegrierte. Putnam scheint sich aber keine Gedanken über die mögliche Überforderung der Integrationskapazität zu machen – eine reale Gefahr: «Um das Verhältnis zwischen arbeitenden Personen und Rentnern konstant zu halten, müssten jährlich bis zu 3,6 Millionen Zuwanderer [nach Deutschland] kommen, insgesamt 181 Millionen Menschen bis 2050.» [6] Könnte die Integration bei solchen Grössenordnungen in Europa noch gelingen? Könnten die einheimischen Völker langfristig überhaupt fortbestehen oder werden sie ersetzt? Die ideologisch korrekte Wissenschaft bleibt uns die Antworten schuldig.

[1] Mark Walker (Hrsg.), *Science and ideology. A comparative history*, Routledge, London 2003, S. 35-65.

[2] Ebenda., S. 26.

[3] James Chin, *Die AIDS-Pandemie. Medizinische Fakten versus politische Korrektheit*, Leopold Stocker Verlag, Graz 2009.

[4] Steve Sailer, «Fragmented future. Multiculturalism doesn't make vibrant communities but defensive ones», in: *The American Conservative*, 15. Januar 2007, S. 7-11.

[5] Robert D. Putnam, «E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century», in: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 30 – Nr. 2, 2007, S. 137-173.

[6] Jonas Lanig und Marion Schweizer, «Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!» – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt, Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr 2003, S. 23.

Jan Mahmert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor. Dieser Text erschien ursprünglich in den *GENIUS-Lesestücken 2/2008* und wurde hier überarbeitet.

Der Bundesrat plant Fürchterliches



Alle Artikel
von Dr. Dragan
Najman,
e. Grossrat,
Baden

AZ, 21.1.2009: Der Bundesrat treibt die neutrale Schweiz immer mehr in die internationale Wischi-Waschi-Gesellschaft. Betreffend Schweizer Soldaten im Ausland ist unter anderem folgendes geplant. Zum einen sollen Schweizer Soldaten zu Ausland-WKs **verpflichtet** werden können, falls in der Schweiz nicht genügend Übungsplätze zu finden sind. Das kann man auf den ersten Blick noch gutheissen, aber ich frage mich, wenn man diverse Manöver nicht einmal üben kann, wie sollen dann Ernst-einsätze aussehen? Ausserdem erinnere man sich, als vor Jahren die ersten Ausland-einsätze geplant und gebilligt wurden, hiess es hoch und heilig, diese seien «selbstverständlich» auf völlig freiwilliger Basis! Aber das Schlimmste ist folgendes: Bei brisanten (d.h. wohl risikoreichen) Einsätzen soll der Bundesrat nur noch die Präsidenten der SIK (Sicherheitspolitische Kommission) und der APK (Aussenpolitische Kommission) konsultieren müssen. Man merke und staune, der Bundesrat muss diese beiden Leute nur **konsultieren** er benötigt nicht einmal deren Zustimmung!

Recht auf Einbürgerung wird zur Pflicht

Was sich schon seit langem abzeichnet, findet leider seine traurige Bestätigung. In der Gemeinde

Mettmenstetten wollte sich eine geistig behinderte Angolanerin einbürgern lassen, wo sie seit 2002 wohnt. Die Frau war 1995 als Neunjährige mit ihrer Mutter in das Schlaraffenland Schweiz gekommen und stellte 2006 ein Einbürgerungsgesuch. Der Gemeinderat Mettmenstetten verweigerte ihr jedoch den Schweizer Pass, weil damit die Gemeinde einen Grosseil der 100 000 Franken Fürsorgekosten hätte übernehmen müssen; vorher waren diese von der eidgenössischen Asylfürsorge getragen worden.

Das Zürcher Verwaltungsgericht bestätigte den Nicht-Einbürgerungsentscheid. Mit Unterstützung des Sozialdienstes des Bezirks Affoltern (?) ging die Frau vors Bundesgericht.

Wie es nicht anders zu erwarten war, bekam sie vom Bundesgericht Recht. Neben verschiedenen Begründungen wurde unter anderem gesagt, dass die Frau nach 13 Jahren in der Schweiz wohl kaum mehr weggewiesen werden könne! Ausserdem spiele es ja keine Rolle, aus welchem «Kässeli» die 100 000 Franken bezahlt würden (für die gut bezahlten Bundesrichter sicher nicht, aber wohl für die Gemeinde Mettmenstetten!).

Und das absolute Maximum

bzw. Minimum. «Selbstverständlich», so das Bundesgericht, «kann die Mutter der Neu-«Schweizerin» ebenfalls nicht nach Angola zurückgeschickt werden.» Weitere «Familiennachzüge» der Neu-«Schweizerin» werden jetzt mit Sicherheit folgen. Die Leute aus den sogenannten unterentwickelten Ländern sind ja nicht so «blöd» wie unsere Bundesrichter.

Schlussbemerkung: Ich habe bereits vor Jahrzehnten im Badener

Stadtparlament, als immer ungehemmter Kreti und Pleti eingebürgert wurde, gefragt, wieso dass man in der Schweiz diese komplizierten Einbürgerungsverfahren überhaupt noch durchführe? Man solle doch einfach jedem in die Schweiz Einreisenden an der Grenze einen Schweizer Pass ausändigen, auch wenn es sich nur um Transittouristen handle. Ein weiterer Vorteil wäre, dass wir im Handumkehr überhaupt keine Ausländer mehr hätten. Meine damalige fatalistische Prognose bewahrheitet sich leider immer mehr.

Dragan Najman
(1960 noch «normal» eingebürgert)

Kennen Sie Ademola Okulaja?

Nein? Das ist nicht etwas der Präsident von Kongo oder der Zentralafrikanischen Republik, sondern Präsident des deutschen Basketball-Verbandes. Das ist für uns Schweizer vielleicht ein kleiner Trost – nicht nur wir werden offenbar von Afrikanern überflutet und verlieren je länger desto mehr unsere Identität. Das ist sozusagen

heutzutage die «Umkehr» der früheren Kolonialzeit.

Asylforderer werden verwöhnt

Die Gemeinde Dietwil (AG) hätte drei Asylfordernde aufzunehmen. Da diese über keine Asylunterkunft verfügt, wäre nur die Zivilschutzanlage in Frage gekommen. In Absprache mit den zuständigen kantonalen Ämtern wurde festgestellt, dass diese nur über einen «minimalen Standard» (so wörtlich in der AZ) nicht verfügt, kam sie für diese Leute nicht in Frage. Jetzt muss die Gemeinde eine Ersatzabgabe bezahlen. **Bemerkung:** Diese Zivilschutzanlage ist also für gewöhnliche Schweizer gut genug; für die ungebetenen Asylanten-«Gäste» aber nicht. Dabei ist zu bemerken, dass eine Zivilschutzanlage im Allgemeinen für einen längeren Aufenthalt vorgesehen sein sollte, die Asylforderer aber nur temporär untergebracht werden, bis feudale Unterkünfte für diese verwöhnten Herrschaften gefunden sind. Unser Asylwesen treibt immer mehr seltsame Blüten!

SD wieder im Aargauer Grossen Rat!

Dank des neu eingeführten (wirklich) demokratischen Sitzzeilungsverfahrens nach Friedrich Pukelsheim werden die beiden SD-Vertreter, **Dr. Dragan Najman**, aus Baden (mit 766 Stimmen; er gehörte schon früher diesem Parlament an) und der SD-Kantonalpräsident **René Kunz** aus Reinach (mit 707 Stimmen) in der neuen Legislatur in den Grossen Rat einzuziehen. Genaue Einzelheiten zu den Wahlergebnissen vom 9. März folgen in der nächsten Ausgabe des «SD». **Die Parteileitung gratuliert den beiden Gewählten herzlich und wünscht viel Erfolg!**

Zustände wie in einer Diktatur!

mb. Im Vorfeld der **Abstimmung zur Personenfreizügigkeit** fand am 14. Januar in Münchenstein (BL) eine «Podiumsdiskussion» statt. Veranstalter waren nebst Wirtschaftsverbänden auch die Kantone BS und BL. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf repräsentierte an vorderster Stelle die Ja-Parole. Unterstützt wurde sie von SP-Regierungsrat Ralph Lewin (BS) und CVP-Regierungsrat Peter Zwick (BL) sowie weiteren Wirtschaftsvertretern. **Die Personenfreizügigkeitsgegner wurden nicht aufs Podium eingeladen.**

In der Antwort auf eine Interpellation im Basler Grossen Rat erklärte der Regierungsrat, dass mit Absicht auf eine Einladung der Gegnerschaft aufs Podium verzichtet worden sei, weil die Gefahr bestanden hätte, dass diese womöglich versucht hätten eine «**Show zu inszenieren**», statt mit «**fundierten Argumenten zu überzeugen**». Für die beiden Kantone habe der Anlass im Übrigen nichts gekostet, da die Wirtschaftsverbände den finanziellen Aufwand übernommen hätten. Was ist hier noch anzufügen? **Demokratisch – oder was denn?**



Sollen bald zu Ausland-WKs verpflichtet werden können: Schweizer Soldaten.

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier.

Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Die Schweiz – Das Paradies auf Erden

AZ 23.1.2009: Seit einiger Zeit veröffentlicht die Aargauer Zeitung im Rahmen einer sogenannten «Schülerserie» eine regelrechte Propaganda-«Walze» um die weiterhin fortschreitende Masseneinwanderung in unser Land zu rechtfertigen, um nicht zu sagen, diese dem Schweizervolk möglichst schmackhaft zu machen. Am 23.1.2009 war nun eine Schülergruppe aus dem Kosovo an der Reihe. Hier nur einige wörtlich wiederholte Sätze aus dem Text, die aber typisch sind: «In der Schweiz gibt es sehr gute Arbeit. Der Lohn ist hier auch nicht schlecht. Die Kosovaren, die im Kosovo leben, denken, wir seien reich, weil wir in der Schweiz wohnen.» (Es ist die jahrzehntealte Geschichte, dass die Daheimgebliebenen, ob es früher noch «nur» Italiener und Spanier waren oder heute Leute aus der ganzen Welt, meinen, die Schweiz sei ein Paradies, wo Milch und Honig fließen. Das zieht natürlich immer neue Leute an, die auch davon profitieren wollen. Dass man notfalls auch unsere Sozialversi-

der Bericht auch nicht klein sein, die Red.). Hier ein Ausschnitt:

«Ein junger Mann hat zuerst im Zug von Rapperswil (AG) nach Lenzburg einen 18-jährigen Passagier verprügelt und dann in Lenzburg eine Gruppe von Jugendlichen beraubt. Im Zug sass ein etwa 18- bis 22-jähriger dunkelhäutiger Mann (den Mann schlicht und einfach «Neger» zu nennen, ist ja offenbar nicht mehr erlaubt, die Red.) mit Diamant-Ohringen und einer schwarzen Lederjacke, welcher laut Musik hörte.

Als der 18-Jährige diesen bat, die Musik leiser zu stellen, wurde der Unbekannte aggressiv und versetzte seinem Gegenüber einen Faustschlag ins Gesicht. Nur das Eingreifen anderer Passagiere konnte Schlimmeres verhüten. (Immerhin erfreulich, dass fremde Leute einem Angegriffenen zu Hilfe kamen; dies ist heute leider sehr selten geworden, die Red.). In Lenzburg stieg der Mann aus und pöbelte vier Jugendliche an. Als diese ihre Portemonnaies zuckten, um sich auszuweisen (warum



Mit rotem Adler – zu allem bereit!

mit rotem Adler» (wenigstens wird diesmal die Staatszugehörigkeit bereits im Titel angetönt, die Red.). Wörtliche Auszüge aus dem Artikel: «Eine Gruppe junger Männer ist in der Nacht auf Samstag pöbelnd durch Brugg (AG) gezogen und hat zwei Passanten durch Faustschläge verletzt. Wie die Kapo mitteilt, sollen die vermutlich albanischen Jugendlichen schwarze Jacken mit aufgedruckten roten Adlern getragen haben. Ein 35-jähriger und ein 51-jähriger Mann begegneten dieser Gruppe. Dabei wurden sie von den jungen Leuten bedroht; einer der Pöbler schlug dem 35-Jährigen die Faust ins Gesicht. Die Gruppe machte sich dann aus dem Staub.» (Selbst in einer Gruppe gegen nur zwei Gegner sind diese Leute feige, die Red.). Weiter unten im Artikel stand (ebenfalls wörtlich zitiert): «Um 02.30 Uhr meldete ein junger Mann, dass er und seine Begleiter von einer Gruppe Jugendlicher im Alter zwischen 16 und 22 Jahren angepöbelt worden seien. Auch hier erhielt einer der Angegriffenen einen Faustschlag ins Gesicht. Auch diesmal traf die Polizei keinen der Täter vor Ort an.»

Schlussbemerkung: Ich muss mich immer und immer wiederholen. Die Schweiz wird immer mehr zum Tummelplatz von Pöblern und Gangstern aus der ganzen Welt und unsere «Regierungen» in Aarau und Bern schlafen weiter.

Lügen haben kurze Beine

Da wollte wieder jemand ganz schlaue sein. Seit einiger Zeit war der brutale «Überfall» auf eine Brasilianerin Tagesgespräch. Die Frau hatte die Zürcher Polizei alarmiert, weil sie von drei Schweizer Skinheads auf dem Zürcher Bahnhof

Stettbach attackiert und schwer misshandelt worden sei. So sei die schwangere Frau mit Fusstritten traktiert und anschliessend seien ihre Beine, Arme und der Nacken mit einem Teppichmesser schwer zerschnitten worden; auf der Toilette des Bahnhofs habe sie dann eine Fehlgeburt gehabt. Die Nachricht über diesen feigen, fremdenfeindlichen Angriff ging um die ganze Welt und vor allem in Brasilien wurde der Fall in den Zeitungen seitenweise mit Photos publiziert. Sogar der brasilianische Präsident da Silva und das Aussenministerium mischten da mit. Jetzt stellte sich heraus, dass die Frau die Geschichte von A bis Z erlogen hatte; sie war nie schwanger gewesen und hatte sich die Verletzungen höchstwahrscheinlich selbst zugefügt. Wahrscheinlich wollte sie uns «dumme Schweizer» einfach nur abzocken oder hat die Brasilianerin psychische Probleme? Der Reputationschaden für die Schweiz ist aber da! Diese Frau müsste streng bestraft werden und die entstandenen Kosten von Polizei und Untersuchungsbehörden vollumfänglich bezahlen. Selbstverständlich müsste sie auch sofort ausgewiesen werden, denn solche Leute muss kein Land der Welt aufnehmen – ausser das eigene Heimatland! Aber leider wird das ein Wunschtraum bleiben. Unsere Gerichte, Psychologen, «Hilfswerke» usw. werden mit Sicherheit hundert Gründe finden, weshalb die «arme» Frau nicht bestraft werden kann...

Hier einmal etwas Erfreuliches: Die AZ hat diesen Beitrag bei den Leserbriefen praktisch ungekürzt gebracht, und dies drei Wochen vor den Grossratswahlen im Kanton Aargau.



Immer öfter gibt es unverständlich milde Haftstrafen für ausländische Täter.

cherungen bis zum Geht-nicht-mehr abzocken kann, erfährt man natürlich auch, die Red.). Unter dem Untertitel »Schweizer Mädchen sind frei« steht weiter folgendes (wörtlich geschrieben): «Im Kosovo sind die Menschen anders. Wir Mädchen dürfen nicht viel raus, wir dürfen keinen Freund haben und wir dürfen nur mit dem Bruder und den Cousins auf die Strasse. Wenn sie mit der Schule fertig sind, heiraten die meisten Mädchen. Die Frauen arbeiten dann selten mehr ausser Haus. Sie kümmern sich um die Kinder. Mädchen in der Schweiz dürfen selbstständig ausgehen, sie dürfen einen Freund haben.»

AZ 15.2.2009. «Schläger klaute auch Geldbeutel». So lautete ein grösserer Bericht (bei all den wörtlich zitierten Untaten konnte

denn?), packte der Unbekannte drei der Portemonnaies und flüchtete.»

Bemerkung der Redaktion: Typisch für die Aargauer Zeitung ist der erwähnte sehr harmlos tönende Titel und dass die vorsichtige Umschreibung «dunkelhäutig» erst ca. in der Mitte des Artikels auftaucht. Über das, gelinde ausgedrückt, unverschämte Auftreten dieses höchstwahrscheinlich «armen, verfolgten» Schwarzen brauchen wirklich keine weiteren Worte mehr gesagt werden. Die zitierten Textteile sprechen für sich selbst und für die Tatsache, wie weit wir es in der Schweiz mit unserer absolut unfähigen «Landesregierung» gebracht haben.

AZ 15.2.2009: In derselben Zeitung stand folgender Artikel: «Pöbler

Das Problem der Wahrnehmung



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Am 26. Februar 2009 berichtete SF1 über die Ergebnisse einer Studie zum Thema «Wahrnehmung». In dieser Studie wurde die wörtlich gleiche Aussage einmal von Toni Brunner von der SVP und einmal von Christian Levrat von der SP aufgenommen. Diese Aufnahmen wurden dann je 50 Zuschauern abgespielt und um deren Beurteilung gebeten. Je nach dem Sprecher der Botschaft lautete das Urteil – typisch rechts, typisch SVP, resp. – typisch links, typisch SP –

also völlig unabhängig vom Inhalt der Botschaft. Im Rahmen des gleichen Versuches wurde ein Text in die «NZZ» eingedruckt und als Gegenstück in «Blick-Aufmachung» zufälligen Lesern zur Beurteilung vorgelegt.

Das Urteil der «NZZ»-Leser lautete: gut recherchiert, glaubwürdig, seriös. Die «Blick-Leser» beurteilten den Text als oberflächlich, als typisch «Blick» eben.

Dieses Ergebnis geht einher mit den Erfahrungen des Schreibenden in den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Kühn folgerte ich damals, es sei nicht entscheidend, was man in einer Fernsehdebatte sage, wichtiger sei das «wie man es sage», resp. wie man wahrgenommen werde. Wenn man sich überzeugt, positiv präsentiere – so meine damalige Erkenntnis – habe man einen schönen Teil der Zuschauer auf seiner Seite. – Oftmals fragte ich bei Gratulanten über eine Sendung nach, welche Aussagen ihnen denn speziell gefallen hätten. Die Antwort lautete meist: «Das weiss ich nicht mehr, aber jedenfalls waren sie gut und überzeugend!»

Vorurteile als Weichenstellung der Wahrnehmung durch den Souverän!

Die zitierten Versuche beweisen, dass Vorurteile, resp. vorgefasste Meinungen in einer aktuellen politischen Auseinandersetzung nur sehr schwer zu korrigieren sind. Diese werden nicht in einem Abstimmungskampf geformt, sondern sind das Resultat lange dauernder, wiederholter Beeinflussung.

Deshalb ist es für uns so schwierig – das Image der fremdenfeindlichen Partei abzulegen.

Dieses Bild wurde von unseren Gegnern gezielt und nachdrücklich in den 60er- und 70er-Jahren aufgebaut und immer wieder reaktiviert und vertieft, wenn es galt, uns in Wahlen und Abstimmungen zu bekämpfen.

Gleichzeitig wurde und wird jede echte oder vermeintliche Entgleisung, resp. Ungeschicklichkeit eines Repräsentanten der Partei hemmungslos ausgenützt, um das negative Bild zu zementieren.

Image-Pflege ist eine Daueraufgabe

Denn nur wenn es gelingt, über eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit die festgefügtten Vorurteile abzubauen, darf mit politischen Erfolgen auf der Basis gescheiter, zukunftsgerichteter Ideen gerechnet werden.

Es liegt auf der Hand, dass man hierzu auf die – zumindest neutrale – Kooperation der Massenmedien angewiesen ist. Über die Mittel des Verschweigens oder gar der bösartigen Kommentierung politischer Vorstösse und Aktionen kann jede politische Bewegung de facto abgewürgt werden.



Mit der Bezeichnung «Schwarzenbach-Initiative» reduzierten die Gegner das NA-Volksbegehren «gegen die Überfremdung» bewusst auf die Person Schwarzenbachs.

Der Aufbau einer günstigen Wahrnehmung durch den Souverän aber bedarf eines lange dauernden Einsatzes fähiger Leute und bedeutender finanzieller Mittel.

Umgekehrt kann sich eine politische Gruppierung, die über ein günstiges Image und wohlgesonnene Kommentatoren in den Massenmedien verfügt, eine Menge von Dummheiten, Irrtümern und



Putin hat mehr als 20 Millionen seiner Landsleute aus grösster Armut befreit, das Erziehungswesen, das Gesundheits- und Rentensystem verbessert, was hierzulande vor den Medien oft verschwiegen wird.

selbstschädigende Aktionen leisten, bis sie ernsthaft in der Wahrnehmung des Souveräns zu leiden beginnt.

Es lohnt sich, auf der Basis des oben Dargestellten die Entwicklung der Bundesratsparteien der letzten 30 Jahre zu überlegen.

Das Image der Grossmächte verzerrt die Realität!

Die USA verkörpern dank ihrer Geschichte und kontinuierlicher, geschickter Werbung auch heute noch das Land der Hoffnung und der Freiheit. Die Freiheitsstatue in der Einfahrt zum Hafen von New York hat bis jetzt wenig von ihrer Strahlkraft verloren. Unter diesem Strahlenschirm verschwanden die Verbrechen an der einheimischen Bevölkerung (Indianer-Genozid), die abscheuliche Sklaverei mit der schwarzen Bevölkerung, die Verbrechen in den beiden Weltkriegen, die Kriege der letzten Jahre, die schlimme Rolle der amerikanischen Geheimdienste in verschiedenen Ländern dieser Welt während des ganzen 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt die immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, die in vielen Staaten Not und Elend provozierten.

Obwohl heute laut einer Untersuchung 88 Prozent der Befragten davon ausgehen, dass die USA nicht fähig sein werden, die Welt aus der gegenwärtigen Krise zu führen und mit einer Krise von über drei Jahren rechnen, hat die USA im Urteil der breiten Massen unserer Gesellschaft wenig von ihrem guten Ruf verloren.

Die ehemalige UdSSR wurde zur Inkorporation des Bösen im Bewusstsein der Menschen der «freien» Welt. Die kommunistische Oligarchie und die Diktatoren von Lenin über Stalin bis Breschnew lieferten reichlich Anlass, um das

negative, bedrohliche Bild dieser Grossmacht im Bewusstsein der Menschen im Westen zu verankern. Seit der Wende sind bald zwei Jahrzehnte vergangen; sehr vieles ist seitdem verändert worden. Insbesondere unter Putin hat das heutige Russland einen beachtlichen Weg Richtung Rechtsstaat zurückgelegt. Das negative Bild der russischen Grossmacht hat sich im Bewusstsein der westlichen Menschen jedoch wenig verändert. Das erklärt sich von selbst, da die meisten Massenmedien des Westens konsequent nur schlechte Nachrichten übermitteln. Dies im Sinne des Wortes «bad news, are good news». Zusätzlich hat es sehr wenige Kommentatoren, die mit Objektivität oder gar Wohlwollen aus dem russischen Einflussgebiet berichten. Dabei wird es mit der Wahrheit nicht so genau genommen. Man erinnere sich z.B. an die Vorgänge um die Ukraine oder Georgien.

Am 28. Januar 2009 hielt Vladimir Putin zur Eröffnung des WEF in Davos eine bemerkenswert offene und inhaltsreiche Rede. Die meisten Massenmedien begnügten sich mit Kommentaren (also ohne Berichterstattung) und zwei bis drei schnoddrigen Bemerkungen. Der Inhalt der Rede wurde nur von ganz wenigen Presseorganen vermittelt.

Es ist klar, dass die negativ verzerrte Wahrnehmung der russischen Grossmacht auf diese Weise nicht verbessert werden kann.

Die Verantwortung der Massenmedien

Die Massenmedien geniessen in unserer Gesellschaft zu Recht einen speziellen Schutz. Die Aufgabe der Information der Bevölkerung lässt sich tatsächlich nur in einer freiheitlichen Ordnung bewältigen.

Die Partnerin der Freiheit ist aber stets auch die Verantwortung. Verantwortung für die Wahrheit der Berichte, die umfassende Vermittlung der Fakten und die klare Trennung zwischen Berichten und Kommentaren. Gerne möchte man in diesem Zusammenhang den schweizerischen Massenmedien ein Kränzchen winden.

Die eigenen Erfahrungen der letzten 40 Jahre verbieten es mir jedoch, allzuviel Lob zu verteilen.

Leider sind es nicht die weissen Schafe, die das Bild beherrschen. Aber, es kann ja besser werden. Jedenfalls, die Hoffnung stirbt zuletzt!

Kampf mit den Betonmischern



Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Zürich

In den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts wurde als Reaktion auf eine jahrzehntelang anhaltende Hochkonjunktur mit Masseneinwanderung und Verbetonierung der Landschaft das Raumplanungsgesetz erlassen. Die Politiker versprachen dem Volk, dass dank dem im Gesetz verankerten Prinzip des «haushälterischen Umgangs» mit dem Boden die Landschaftszerstörung aufhören würde. Mehr als 30 Jahre später müssen wir ernüchert feststellen:

Das Volk wurde einmal mehr belogen!

Das viel gelobte Raumplanungsgesetz konnte den Zweck, für den es angeblich geschaffen worden war, von Beginn an nicht erfüllen. Es beruht auf dem Prinzip, dass nicht mehr «Baulandflächen» eingezont – d.h. Stücke von unserer Ernährungsbasis zur Zerstörung freigegeben – werden sollen, als in den nächsten 15 Jahren benötigt werden. Dies ist kein «haushälterischer Umgang» mit unserem knappen und nicht vermehrbaren Heimatboden, im Gegenteil: Es ist eine Garantie, dass sich die Siedlungsgebiete immer weiter ausdehnen dürfen, denn der Irrglaube an ein ewig währendes «Wirtschaftswachstum» und die damit verbundene dauernde Masseneinwanderung sorgen schon dafür, dass das «Bauland» rasch wieder knapp wird.

Kirchturmpolitik

Einer der gewichtigsten Mängel des geltenden Raumplanungsrechts besteht darin, dass eine zentrale Steuerung fehlt und die Kantone und Gemeinden letztlich soviel Land einzonen können, wie sie wollen. Selbst in krassen Fällen, wie beim ägyptischen Tourismus-Resort in Andermatt oder einem 100 Meter hohen Wohnturm auf der Schatzalp in Davos, lässt man die lokalen Bodenspekulanten, Architekten und Baumeister wüten wie es ihnen gerade beliebt. Der Bund schafft es nicht einmal, solche Auswüchse zu verbieten! So wie auf Landesebene dem Volk eingeredet wird, man könne mittels

Dauereinwanderung die AHV finanzieren, herrscht im Umfeld von Schweizer Dorfpolitikern immer noch die Vorstellung, es könne einer Gemeinde nur gut gehen, wenn ihre Einwohnerzahl ständig wächst. Hinzu kommt der unselige «Steuerwettbewerb», der darin besteht, dass die Gemeinden sich mit Steuersenkungen zu überbieten versuchen, um reiche Neuzuzüger anzulocken. Jedesmal, wenn das einem Dorf gelingt, zieht dies einen Bauboom nach sich und die «haushälterisch» geplanten Bauzonen werden rasch zu klein...

Raumplanung – eine Einbahnstrasse

Wenn ein Stück Heimatboden erst einmal verbetoniert ist, kann dies kaum mehr rückgängig gemacht werden. Klar, irgendwann wird sich die Natur dieses Land zurückerobern, aber es dauert Jahrtausende, bis die vom Menschen geschlagenen Wunden verheilt sind. Die Profiteure der Bauwut – einzelne Landbesitzer, Architekten, Immobilienhändler, Baumeister und ein Heer von ausländischen Arbeitskräften – sind immer im Vorteil. Was sie einmal in den Klauen haben, wird und bleibt verbetoniert. Wir Landschaftsschützer können höchstens das Tempo der Zerstörung abbremsen! Hinzu kommt, dass Auszonungen von Land, das einmal Bauzone geworden ist, fast unmöglich sind, weil der Staat den Grundeigentümern den Minderwert entschädigen muss. Dies auch dann, wenn die Besitzer oder ihre Vorfahren die fraglichen Grundstücke schon besaßen, bevor sie zu Bauland erklärt wurden. Stossend ist dabei, dass im Falle der Überbauung keine Verpflichtung besteht, den durch die Einzonzung bewirkten Mehrwert des Bodens ebenso dem Staat abzuliefern, wie dieser bei Auszonungen Entschädigungen bezahlen muss. Auch auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass die Landschaftszerstörung kaum aufzuhalten ist.

Unser Boden ist kein Konsumgut

In der heutigen Zeit ist es üblich geworden, den Boden als Handelsobjekt und Verbrauchsmaterial zu betrachten. Dabei geht vergessen, dass Boden weder produziert noch sonstwie vermehrt werden kann. Er ist letztlich unsere Existenzgrundlage, denn Geld kann man nicht essen – Kartoffeln schon! Don Quichotte hatte mit seinen Windmühlen noch viel Zeit. Im Kampf gegen die Betonmischer



Und ewig droht der Baggerzahn...

läuft uns die Zeit davon. Machen wir also politischen Druck für eine definitive Begrenzung des Siedlungsraums auf den heutigen Be-

stand. Dann hört ganz nebenbei auch die Masseneinwanderung auf, weil es für Zuwanderer keinen Wohnraum mehr gibt!

Etwas gemächlicher bitte!



Ueli Brassler,
Berufsschullehrer,
SD-Zentralpräsident,
Zürich

Sowohl Industriebrachen als auch Grüngebiete am Stadtrand werden immer mehr nur noch als «Baulandreserven» betrachtet und in einem rasanten Tempo mit immer wüsteren Überbauungen vollgeklotzt. Man könnte meinen, wir verpassen etwas, wenn wir nicht jedes Jahr Wohnungen und Arbeitsplätze aus dem Boden stampfen für 5000 bis 10000 Menschen, die gar (noch) nicht da sind. Für einen von weit her herangekarrten Bevölkerungszuwachs, der in Anbetracht der Enge, welche in unserem kleinen Land mittlerweile herrscht, überhaupt nichts Wünschenswertes ist – ausser vielleicht für Aldi und Lidl. Die hätten natürlich auch noch gern eine Masse von Konsumenten, welche ihnen all

den Ramsch abkaufen, den man schon aus ökologischen Gründen gescheiter gar nie produzieren würde.

Das, was da als «Räumliche Entwicklung» daherkommt, ist sowieso bald zu Ende, weil es dafür in unserem kleinen, überbevölkerten Land und erst recht auf unserem Stadtgebiet ganz einfach keinen Platz mehr hat, ausser man möchte die Wälder abholzen oder auf dem See schwimmende Stadtquartiere einrichten. Lassen wir uns also Zeit!

Wenn man so vorgeht, wie das der Stadtrat will, dann stehen das Parlament und die betroffene Bevölkerung immer schon vor Sachzwängen oder gar vor vollendeten Tatsachen, wenn diese endlich mitreden dürfen. Nehmen wir das SBB-Areal, welches die Bahn in Zukunft nicht mehr benötigt – wenn das wirklich so ist! Schliesslich wird ja auch das Bahnnetz ständig ausgebaut und wir wissen nicht, wohin mit all dem Personen- und Güterverkehr auf Schienen und Strassen!

Fortsetzung Seite 9

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Allein stehendes Einfamilienhaus
in Herznach (Fricktal, AG),
Bj. 1963, 5 ½ Zimmer auf zwei
Etagen, 2 Küchen. Nebenstehend
Hobbywerkstatt, Bj. 1986, ca. 50 m²,
Garten, Velohäuschen. Grundstück
1194 m². Preis Fr. 680 000.–.
Bei Bedarf kann noch 991 m²
anschliessendes Bauland dazuge-
kauft werden. Louis Müller,
Alte Landstr. 15, 5027 Herznach,
Telefon 062 878 11 48

Hörgerätebatterien; Typ power
one, Zinc-Luft, 6-er Päckli, beste
Qualität, alle Grössen lieferbar. Fr.
12.– pro Päckli, portofrei.
**Tel. 061 262 03 04 oder E-mail:
bieler@hoerhilfeborner.ch**

GESUCHT:

Schweizer Waffensammler und
Sportschütze sucht **alte Armee-
waffen** gemäss geltendem Recht.
So z.B. Stgw 90, Stgw 57, Langge-
wehr, Karabiner, Pist 49 (Sig 210),
MP41/44 sowie eine Glock 17 oder
Glock 19. Über Ihr Angebot mit
Preisvorstellung würde ich mich
sehr freuen. Region Rheinfelden,
Dominik Suter, Strüblismatt 4,
5074 Gipf-Oberfrick,
Telefon 076 706 63 90

**Sie möchten Ihr Geld sicher an-
legen?** Schweizerin benötigt 300000
bis 400000 Franken für Anbau an
Liegenschaft an Top-Lage in der
Stadt Zürich. Gesucht Baukredit

und Langzeit-Hypothek.
Garantierte Deckung und gute
Verzinsung! **Antwort bitte an
Chiffre Nr. 52, SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel**

Suche Märklin HO. Alte BLS EWi/
1.Kl.- und 2.Kl. Personenwagen.
Alte SBB EWi/1. Kl. Personenwa-
gen. Hag HO. Rollmaterial mit
neuer Schachtel. Region Bern.
Telefon 079 229 25 03

Kajütenbett gesucht.
Möglichst günstig. Wird abgeholt.
Region Nordwestschweiz.
Telefon 079 756 97 68

STELLENSUCHE:

CH/ZH, 52, suche Arbeit als Lage-
rist, Magaziner, Druckereiarbeiter,
Hilfsschreiner, Maschinist, Wäch-
ter, Zeitungsvertrager. Vollzeit oder
Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monat-
lich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der
Probezeit nach Absprache.
Telefon 076 436 95 09

Gelernter, berufserfahrener
Schlosser, 51, sucht neues Wir-
kungsfeld in Basel oder Umgebung.
Auch als Monteur angenehm.
Telefon 079 446 83 45

BEKANNTSCHAFTEN:

Berner mit Bart, 184/84, 50plus,
sucht Schweizerin: 25–50, mit
Pepp und Humor; Freude am
Leben; Reisen und Arbeit.
Hobbies: Garten, Schwimmen,
Sauna. Freue mich auf Deinen An-
ruf. Region Bern.
Telefon 078 814 51 23

Hübsche Schweizerin, etwas
mollig, lange, dunkle Haare, brau-
ne Augen, nettes Gesicht, fröhlich,
temperamentvoll, verständnisvoll,
zärtlich, treu und Nichtraucherin,
sucht **lieben, treuen Mann**,
Alter 25 bis 55 Jahre.
Telefon 079 239 47 39, abends ab
21 Uhr am besten erreichbar

Traumfrau zwischen 25 und 40,
gepflegt, häuslich, hübsch, mög-
lichst NR, in der Ostschweiz?
Gesucht von einem Berner, gross,
schlank, gut aussehend, im Kanton
St. Gallen wohnend. Welche Sie
getraut sich? **doeschwoo@
bluewin.ch** oder mit Briefpost an
**Chiffre-Nr. 51, SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel**

Reisen/Wandern/Freizeit:

Lebe seit 1 Jahr im Tessin und **su-
che Gleichgesinnte zwecks Frei-
zeitgestaltung**. Ich, 44, m, mobil
mit Auto und Töff.
Hobbies: Frische Luft, Velo/
Spazieren, Tauchen, Billard, Dart,
Motorrad-Touren, Wassersport. Ich
freue mich auf Euch, bis bald.
E-Mail: mac1claude@yahoo.de

**Berner, seit Pensionierung in der
Romandie lebend**, wünscht
Kontakt zu patriotischen Deutsch-
schweizer Kreisen (da mangelhaft
französisch sprechend). Meine
Interessengebiete: Politik, Alpinis-

mus, Skitouren, Waffensammeln,
Reisen weltweit – speziell aber
Lateinamerika, klassische Musik,
Literatur. Region Montreux,
Telefon 079 517 82 60

**SD-Pensionierte, die gerne
wandern (ganze Schweiz).** Später
eventuell Gründung einer Wander-
gruppe. Wer macht mit?
Aus der Region Berner-Oberland
Telefon 033 951 36 74

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Des Fribourgeois en Patagonie
chilienne / Freiburger im
chilenischen Patagonien!**

Ab 7. Februar bis 26. April präsen-
tiert das musée gruérien in Bulle
die «Lebensstrecke» einiger Fami-
lien, welche den Kanton Freiburg
im Jahre 1876 verlassen haben, um
sich am südlichsten Punkt Süd-
amerikas – an der Magellan-Strasse
– niederzulassen. Die Ausstellung
beinhaltet Photos, persönliche Ge-
genstände und Filmmaterial, wel-
ches von Nachfahren der Auswan-
derer im heutigen Punta Arenas
zur Verfügung gestellt worden ist.
Öffnungszeiten: Dienstag bis
Samstag von 10–12 und 14–17
Uhr; Sonn- und Feiertage von
14–17 Uhr. Gratiseintritt.
Wo: Greyerzer Museum, Rue de la
Condémine 15, 1630 Bulle (FR),
Telefon 026 916 10 10, www.musée-
gruérien.ch

SD-Motorrad- und Cabrio- Club Schweiz

Anmeldung	Beiträge 2009
SD-MCC / Schweiz	Aktiv Fr. 50.–
z.H. Roland Schöni	Passiv Fr. 30.–
Postfach 108	Cabrio Fr. 50.–
3806 Bönigen	
Mobil: 076 355 90 95	
@-Post: r.schoeni@sunrise.ch	SD-MCC

jsd- nordwestschweiz.ch

Immer am 1. und
3. Montag des Monats,
Stamm ab 20 Uhr
im Restaurant Rütli,
Gerberstr. 2 in Liestal.
Wir sind alles Junge!
Auf unserem Tisch liegen
jeweils SD-Flyer.

Persönlicher Schutz – ein aktuelles Thema!

PROTECT «plus» – Pfeffer-Schutzspray

- Einfache Handhabung!
- Setzt Angreifer – Mensch o. Tier – sofort ausser Gefecht!
- Klein und handlich – immer dabei!
- Hohe Zielsicherheit dank Kegel-Sprühnebel!
- Schafft wertvolle Zeit, um Hilfe zu holen!

PROTECT «plus» Ihr persönlicher Leibwächter!

Mehr Sicherheit – jederzeit & überall!

Die Sinnvolle Geschenkidee!

Bestell-Talon

Anzahl eintragen.

Anzahl eintragen.

Versand gegen Rechnung

Ja, ich bestelle Dose(n) à Fr. 19.90

Leder-Etui à Fr. 18.50 mit praktischem Gürtel-Clip

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ / Ort:

Jahrgang:

Unterschrift:

Talon einsenden an: Schweizer Buchdienst, Postfach 8116, 3001 Bern, Fax 031 974 20 11

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein unbescholtener Schweizer gerät in den USA ins Kreuzfeuer
zwischen Wirtschaftskriminellen und korrupten Behörden, die ihn
erbarmungslos und ungestraft terrorisieren. Am Ende ist er bankrott
und muss das Land fluchtartig verlassen. – Die beedigte, wahre
Erzählung von Harry Burger bestätigt den Zerfall der US-Rechtsstaat-
lichkeit und enthüllt das ungeahnte Ausmass des amerikanischen,
organisierten Verbrechens.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



Asiatische Atomprogramme



Markus Alder,
e. Gemeinderat
Dietikon,
Zürich

Asien befindet sich trotz Wirtschaftskrise in einem eigentlichen Atomrausch. Japan und China bauen die Kernenergie massiv aus, um sich von Energieimporten unabhängiger zu machen. Südkoreas Machthaber kündigten vor wenigen Tagen den Bau von zwölf zusätzlichen Kernkraftwerken an.

In Kernkraftwerken wie auch in Atombomben wird die Spaltung von schweren, radioaktiven Atomkernen durch Neutronenstrahlung ausgenutzt. Die Kernspaltung setzt Neutronen frei, die wieder Kerne spalten können; eine nukleare Kettenreaktion!

China besitzt (wie auch Indien) Atomwaffen, Südkorea unternahm 1982 verdächtige Experimente. In Nordkorea werden solche vermutet und in Japan wird mit höher angereichertem Uran und Plutonium experimentiert. Was im Grundsatz einfach erscheint, ist schwer umzusetzen. Bombe und Kraftwerk sind zwei verschiedene Dinge. Natururan besteht zu 99,3% aus nicht spaltbarem Uran 238 und nur zu 0,7% aus spaltbarem Uran 235. Es lässt sich allenfalls in gra-

fit- oder schwerwassermoderierten Reaktoren verwerten, bei Leichtwasserreaktoren ist eine Anreicherung auf 3–5% spaltbares U235 üblich.

In einem Kernreaktor müssen die «Schnellen Neutronen» abgebremst, «moderiert» werden. Das kann mit normalem Wasser geschehen, mit dem Nachteil, dass Neutronen «geschluckt» werden. Grafit und Schweres Wasser sind bessere Moderatoren, daher könnte auch Natururan eingesetzt werden.

Grafitreaktoren sind nur noch in Grossbritannien und Osteuropa in Betrieb. Schon lange vor dem Unfall in Tschernobyl bevorzugte die Elektrizitätswirtschaft aus Sicherheitsüberlegungen und wirtschaftlichen Gründen Leichtwasserreaktoren. Die schweizerische Industrie baute einen schwerwassermoderierten Versuchsreaktor, der durch einen schweren Unfall zerstört wurde. Die Kaverne bei Lucens (VD) war jahrzehntelang verseucht.

Schwerwasserreaktoren sind in Kanada und Indien verbreitet und werden auch in China und Südkorea vereinzelt gebaut. In Siedewasserreaktoren wird das Wasser zum Kochen gebracht; der Dampf aus dem ersten Kühlkreislauf treibt die Turbine an. Der Dampf wird nach der Turbine kondensiert und das entstandene Wasser wieder in den Reaktor gepumpt.

Bei Druckwasserreaktoren verhindert der hohe Druck im Reaktor-



Viele Staaten Asiens bauen die Kernenergie massiv aus – nur zur friedlichen Nutzung?

kreislauf die Dampfbildung; dieser entsteht in speziellen Dampferzeugern und wird auch wieder kondensiert. Beide Typen haben ihre Vor- und Nachteile.

Die Kondensatoren werden mit einem Kühlturm-Kreislauf gekühlt, oder auch direkt mit Meer- oder Flusswasser.

Bombentaugliches Material?

Die angestrebte Urananreicherung und der Bau eines russischen Kernkraftwerkes (Druckwasserreaktor, etwa so gross wie das KKW-Gösgen) zeugen von nuklearen Ambitionen. Tatsächlich ist die Anreicherung von Uran eine Möglichkeit um waffenfähiges Material zu beschaffen. Wirtschaftliche Stromerzeugung verlangt eine Anreicherung auf etwa 3–5% Uran 235. Für Atomwaffen ist eine weit höhere Anreicherung nötig.

Die Iraner wollen selbst Atom Brennstoff herstellen und dazu auch die Urananreicherung beherrschen. Weil sich die beiden Isotope 235 und 238 nicht chemisch trennen lassen, müssen sie physikalisch durch Diffusion oder Zentrifugen getrennt werden. Nach etwa zehn Zentrifugendurchgängen ist die erforderliche Anreicherung erreicht. Eine höhere Anreicherung wurde früher für (meist sehr kleine) Forschungsreaktoren benötigt.

Aus den ehemaligen Ostblockstaaten wird hochangereichertes Uran aus solchen Reaktoren nach Russland zurückgeschafft und dort (verdünnt) für die Brennstoffherstellung verwendet. So soll verhin-

dert werden, dass mutmasslich bombentaugliches Material missbraucht wird.

Der sogenannte Kritikalitäts-Unfall von Tokaimura in Japan (1999) war auf das Hantieren mit hochangereichertem Uran 235 zurückzuführen. Die unwissenden Arbeiter brachten eine sogenannte «überkritische Menge» an Spaltmaterial in einem Behälter zusammen. Die spontan einsetzenden Kernspaltungen führten zu einer enormen Hitzeentwicklung und Strahlung sowie zur Freisetzung hochradioaktiver Spaltprodukte.

Dieser Unfall war neben «Tsuruga» und «Tschernobyl» der schlimmste in der Geschichte der Kernenergienutzung. Wozu Japan hochangereichertes Uran braucht, wurde nie hinterfragt. Ebenso sind die Plutonium-Importe Anfang der 90er und der Bau von Wiederaufarbeitungsanlagen (mit französischer Unterstützung!) kein Thema für unsere Medien. In Fachkreisen kursiert das Gerücht einer japanischen Atombombe. Späte Rache für die Atombomben, die 1945 Hiroshima und Nagasaki zerstörten...?

Etwas gemächlicher bitte!

Fortsetzung von Seite 7

Energie wird knapp – und viel anderes (z.B. gute Nahrungsmittel, die nicht mit grossem Energieverbrauch importiert werden müssen) bald auch. Wir geben uns alle Mühe, weniger Energie zu verbrauchen, und propagieren die «2000-Watt-Gesellschaft». Doch was nützt das alles, wenn parallel die Zahl der Energiekonsumenten und mit ihnen die Zahl der Fahrzeuge stetig steigt, immer mehr Gebäude geheizt werden müssen usw.? Wer **wirklich grün** politisieren will, muss von der Vorstellung eines immerwährenden Bevölkerungs-, Siedlungs- und Wirtschaftswachstums endlich Abschied nehmen, sonst sind alle «grünen» Anstrengungen schlicht für die Katz!

Seit November 2007 ist die Volksinitiative der Schweizer Demokra-

ten mit dem Titel «**40 Meter sind genug!**» pendent. Es macht fast den Anschein, als möchte der Stadtrat noch schnell vom Hauptbahnhof bis nach Altstetten hinab eine Anzahl Hochhäuser wenigstens soweit planen, dass Sach- oder rechtliche Zwänge da sind, bevor das Volk diesem Treiben ein Ende setzen kann. Doch das wird nichts nützen, denn unterdessen wächst auch sonst der Widerstand gegen diese Betonklotzerei. Es wird Zeit für eine Kultur der Besonnenheit. Sie entspricht den Bedürfnissen der Menschen und dem Naturell der Zürcher viel eher als der Drang von Politikern und grossem Kapital nach immer noch mehr und noch schnellerer sogenannter «Entwicklung».

Alles, was bremsend wirkt, ist heute gut. Schon morgen sind wir froh, dass wir uns Zeit gelassen haben!

Anmerkung der Redaktion um keine falschen Schlüsse entstehen zu lassen: Obiger Artikel widerspiegelt einzig und allein die Meinung des Verfassers. Die SD stehen laut ihrem Parteiprogramm der Kernenergie mit guten Gründen sehr kritisch gegenüber (z.B. wohin mit den radioaktiven Abfällen? Aufwärmung des Flusswassers, u.a.m.)



Kanton Basel-Stadt



Guy Morin, der grüne «Stapi» von Basel-Stadt!

Einige kritische Bemerkungen zum neuen Regierungspräsidenten Guy Morin und seinem politischen Aufstieg.

Am 30. November 2008 wurde in Basel-Stadt der erste Regierungspräsident für die Dauer einer vierjährigen Amtsperiode in stiller Wahl gewählt. Der Umstand, dass der erste «Stapi» von Basel ohne Urnengang zu Amt und Würden gekommen ist, scheint mir ein schlechtes Ohmen zu sein. Eine Person, die den Kanton Basel-Stadt nach innen und aussen vertreten soll, kann doch nicht ohne Legitimation der Wählerinnen und Wähler des Kantons ihr Amt in deren Sinne ausüben. Der Grund oder noch treffender die Schuld für die stille Wahl haben klar die Bürgerlichen Parteien (FDP, CVP, LDP). Ihren Regierungsräten fehlte ganz einfach der Mut und der Wille sich zu stellen und zur Wahl anzutreten.

Zum Glück gibt es in diesem Kanton noch die Schweizer Demokraten, die auch bei geringen Wahlchancen den Mut haben zu kandidieren. Leider durften bei der Wahl zum Regierungspräsidenten nur gewählte Regierungsräte antreten. Der ehemalige Quartierdoktor und **Freund des multikulturellen Basel** (er macht sich auch stark für «Sans Papiers»), Dr. med. Guy Morin, war von 1988–2001 Mitglied des Grossen Rates. Zuerst als LdU-Mann, später als Mitglied der Grünen Partei. In dieser Zeit kleidete sich Dr. Morin nicht selten mit Woll-Pullover und war meist nur mit dem OeV oder mit dem Velo unterwegs. Wie ich bei den Regierungsratswahlen 2008 und im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit feststellen musste, sind seine typisch grünen Gepflogenheiten nicht mehr so aktuell. Er ist nur noch im Anzug und Krawatte anzutreffen und wie in einem BaZ-Interview zu lesen war, muss er und seine Familie mindestens einmal jährlich ans Meer in die Ferien; meist nach Übersee. Nimmt er diese Reisen jeweils im CO₂-neutralen Schlauchboot in Angriff?

Herr Morin hatte schon letztes Jahr ein Auge auf das künftige, prestigeträchtige Amt des Regierungspräsidenten geworfen. Es erstaunt deshalb nicht, dass Morin bei der Abstimmung für die Erwei-

terung der Messe Basel seine Grünen von der Ja-Parole überzeugen konnte. Ohne eigenen Regierungsrat hätten die Grünen bestimmt niemals Ja zu diesem Monsterprojekt gesagt.

Fehlritte 2009!

Bei einer einseitigen Pro-Veranstaltung zur Personenfreizügigkeits-Abstimmung mit Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf als Gastreferentin in Münchenstein BL, liess sich «unser» Regierungspräsident in Begleitung von Frau Regierungsrätin Eva Herzog (SP) mit der «Mercedes-Staatskarosse» hinchaufrufen. Die Schweizer Demokraten aus Basel-Stadt, welche beim Eingang Flugblätter verteilten, staunten bei diesem Anblick nicht schlecht – gibt es doch direkte Tramverbindungen nach Münchenstein.

Seit dem 4. Februar 2009 ist nun der Regierungspräsident offiziell im Amt. Da kam auch schon das erste un-überlegte Vorpreschen. Als der Bundesrat öffentlich Absichten über eine **Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen** äusserte, war unser Kanton, resp. Herr Morin, der Erste der sich für eine Aufnahme von solchen «Terrorismus-Verdächtigen» nach Basel aussprach. Zitat: «Wir müssen uns solidarisch zeigen!»

Muss Basel die selbstverschuldeten Probleme der USA (letzte erpresen uns in der UBS-Affäre), nun auch noch lösen?

Den nächsten Coup landete Herr Morin praktisch zur gleichen Zeit, als er sich für den Ausbau der Kultur stark machte. Dieses Ressort wurde vom Erziehungs- ins Präsidial-Departement verschoben. Er möchte die Kaserne Basel, das Theater Basel, das Casino-Gebäude und auch noch das Kunstmuseum aus- resp. umbauen. Bereits heute gibt der Kanton Basel-Stadt sage und schreibe 110 Millionen Franken (Budget 2009) für das Ressort Kultur aus. Ja, haben wir denn keine dringlicheren Probleme?

Ich wage zu bezweifeln, ob der Kanton Basel-Stadt mit dieser Führung die politischen Herausforderungen, wie z.B. Kriminalität, Überfremdung, Abwanderung guter Steuerzahler oder die Verbetonierung letzter Grünzonen zu lösen vermag.

Patrik Cattin, a. Grossrat Basel

Bald ist Israel am Ziel!

In Ziff. 13 des von Georges W. Bush am 16. Oktober 2004 unterzeichneten Gesetzes «Global Anti-Semitism Act» wird die Behauptung, dass «Juden nicht das biblische Recht haben, Palästina zu okkupieren» unter Strafe gestellt.

Wenn also von der grössten Militärmacht dieser Welt mit aller Konsequenz das Recht Israels bejaht wird, Palästina zu okkupieren, versteht man die Rolle der USA bei allen Debatten in der UNO und im Sicherheitsrat zum Thema Israel/Palästinenser besser. Und auch die Tatsache, dass während des jüngsten Waffenganges die USA Tag und Nacht militärischen Nachschub für Israels Armee sicherstellte.

Da US-Israel kein Existenzrecht für die Palästinenser anerkennt, ist das Endziel der israelischen Politik – nämlich die palästinensische Gesellschaft zu zerstören, ja zu liquidieren, – nur logisch. Dass diese Politik als Genozid, als Holocaust bezeichnet werden muss, schert die israelische Führung kaum. Der Begriff des Holocaust ist ja bekanntlich für die seinerzeitige Judenverfolgung in Deutschland mit Beschlag belegt!

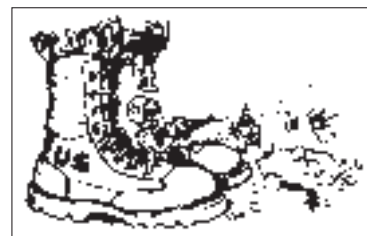
Die jüngsten Parlamentswahlen beweisen, dass die Mehrheit des Judentums hinter der oben erwähnten Zielsetzung steht.

- Die israelische Friedensbewegung ist praktisch von der Bildfläche verschwunden;
- die soziale Arbeitspartei ist massiv geschwächt.
- Der Rassist Avigdor Lieberman ist mit seiner Partei «Israel Beitenu» (15 Sitze) zur drittstärksten politischen Kraft und damit zum Königsmacher geworden.
- Die Kadima Partei von Tzipi Livni (29 Sitze) und
- die Likud von B. Netanyahu (28 Sitze) – können sich dem Einfluss Liebermans nicht entziehen (und wollen dies scheinbar auch nicht!).

Der seit Jahren vorgespülte «Friedensprozess» ist jetzt – sanktioniert durch das Wahlvolk – auch ganz offiziell tot!

Israel setzt voll auf die Karte **Krieg** und führt seine Politik mit amerikanischer Unterstützung unbeirrt fort. Eine Politik, die von Lügen, Terror, Grausamkeit und Menschenverachtung strotzt.

So erklärte schon Moshe Dayan wörtlich (Zitat): «...ihr Palästinenser, als Nation, wollt uns heute nicht, aber wir werden eure Meinung ändern, indem wir euch unsere Präsenz aufzwingen. Ihr werdet leben wie die Hunde und wer-



gehen will, kann gehen, während wir uns nehmen, was wir wollen.»

Der Generalstabschef Raphael Eitan verkündete 1983 (Zitat):

«Wenn wir mit dem Land fertig sind, werden alle Araber in dieser Hinsicht nur noch in der Lage sein, wie betrunkene Schaben in einer Flasche herumzuwuseln.»

Der damalige Präsident Yitzhak Shamir liess sich am 31. März 1988 vor Siedlern mit folgenden Worten aus: «Die Palästinenser werden wie Grashüpfer zerschmettern... die Köpfe gegen die grossen Felssteine und Mauern geschmettert.»

Und der oberste Rabbi schrieb 2007 an Präsident Olmert (Zitat):

«...alle Zivilisten in Gaza sind kollektiv verantwortlich für die Raketenangriffe auf Israel» und «es gibt absolut kein moralisches Verbot gegen das wahllose Töten von Zivilisten während einer möglichen massiven militärischen Offensive in Gaza, mit dem Ziel, die Raketenangriffe zu stoppen.»

– Und sein Sohn, der oberste Rabbiner von Safed verkündete:

«Wenn sie nicht aufhören, nachdem wir 100 von ihnen getötet haben, müssen wir 1000 töten, wenn sie nicht aufhören, nachdem wir 1000 getötet haben, müssen wir 10 000 töten. Wenn sie dann noch immer nicht aufhören, müssen wir 100 000 oder sogar eine Million töten, so viele, wie nötig sind, um sie zum Aufhören zu bewegen.»

Und dies alles auf dem Hintergrund der Tatsachen, wie sie die Autoren Idit Zertal und Akiva Eldar beschreiben (Zitat):

«Als Israel im August 2005 seine Truppen aus Gaza abzog, wurde das verwüstete Gebiet nicht einen einzigen Tag aus dem Griff des israelischen Militärs entlassen oder vom Preis der Besatzung freigestellt, den dessen Bewohner jeden Tag entrichten (...) Israel hinterliess verbrannte Erde, verwüstete Dienstleister und Menschen die weder Gegenwart noch Zukunft hatten.» «Die Siedlungen wurden zerstört. Es war der engherzige Schritt eines engstirnigen Besetzers, der das Gebiet im Endeffekt

weiter kontrolliert und dessen Bewohner mit Hilfe seiner formidablen militärischen Stärke tötet und schikanieren. Dank treuer amerikanischer Unterstützung und Hilfe geschieht dies mit extremer Brutalität.»

Der Terror unter amerikanischer Schutzherrschaft!

Professor Noam Chomsky vom MIT schreibt, dass die Regierung Israels schon seit 1967 auf ihr völkerrechtswidriges Tun aufmerksam gemacht wurde. Aber so schreibt er (Zitat): «Im Westjordanland kann Israel seine kriminellen Programme mit US-amerikanischer Hilfe und ohne Störung fortführen, dank effektiver militärischer Kontrolle und durch die Kooperation der kollaborierenden palästinensischen Sicherheitskräfte, die von den USA und alliierten Diktaturen bewaffnet und ausgebildet wurden. Israel kann regelmässige Mordanschläge und andere Verbrechen begehen, während die Siedler unter dem Schutz der IDF herumwüten.

Aber während das Westjordanland durch Terror effektiv unterworfen worden ist, gibt es in der anderen Hälfte von Palästina, dem Gaza-Streifen, immer noch Widerstand. Dieser muss ebenfalls unterdrückt werden, damit das amerikanisch-israelische Programm zur Annexion und Zerstörung von Palästina ungehindert weitergehen kann.

Tatsächlich lässt auch der neue US-Präsident Obama nichts Gutes erwarten. Beim jüngsten Waffenengang gegen Gaza, als Obama bereits «president elect», aber noch nicht im Amt war, hielten die Vereinigten



Benjamin Netanjahu – Israels nächster Präsident?

Staaten den Sicherheitsrat davon ab, noch in der Nacht zum Sonntag eine formale Erklärung abzugeben, die einen sofortigen Waffenstillstand forderte. Als offizieller Grund wurde angegeben, dass «es keine Hinweise drauf gebe, dass sich die Hamas an irgendeine Abmachung halten würde». Unter allen Versuchen, mordlüsternes Abschlagen zu rechtfertigen, zählen diese Aussagen zu den zynischsten. Sie stammen natürlich von Bush und Rice – die schnell von Obama abgelöst wurden, der leidenschaftlich wiederholte, «dass, wenn Raketen in der Nähe meiner schlafenden Töchter einschlagen würden, ich auch alles dafür täte, um sie zu stoppen». Dabei bezieht er sich offensichtlich

nur auf israelische Kinder, während ihm die vielen hundert Kinder, die in Gaza von US-Waffen zerfetzt wurden, gleichgültig zu sein scheinen. Ebenso gleichgültig scheinen ihm die Tausenden traumatisierten Kinder zu sein, die während Jahren durch den Dauerterror der Israeli (gezielte Tötungen; Verletzung des Luftraumes durch Flugzeuge, Einsetzen des Überschallknalls als Schreckmittel, usw.) geschädigt wurden und werden.

Jedenfalls liess Obama nach der obigen Aussage nichts mehr zum Thema Palästina von sich hören.



Hillary Clinton – Israels Liebling.

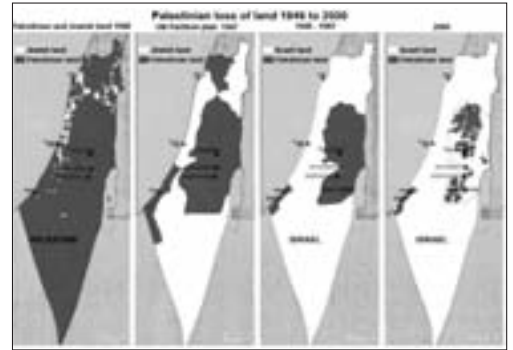
Und die Wahl von Hillary Clinton zur Aussenministerin liess die Israeli jubeln. (Zitat aus der Süddeutschen Zeitung vom 3. Februar 2009 – unter dem Titel «Israels Liebling») lesen wir: «Die Ernennung von Hillary Clinton zur zukünftigen US-Aussenministerin ist in Jerusalem mit Erleichterung aufgenommen worden. Während Obama als unsicherer Kantonist eingestuft wird mit kaum aussenpolitischer Erfahrung, wird Hillary Clinton als Anwältin Israels gefeiert. Man traut ihr zu, dass sie sich womöglich noch einmal um die Präsidentschaft bewerben könnte – schon deshalb werde sie sich als Aussenministerin hüten, einen konfrontativen Kurs gegenüber Israel einzuschlagen. Denn zu Clintons Stammwählerschaft und zu ihren treuesten Unterstützern gehören jüdische US-Amerikaner.»

Über die Macht der amerikanischen Juden kann kein Zweifel mehr bestehen, nachdem in diesen Tagen sogar der Papst den «Gang nach Canossa» angetreten hat, weil er den angeblichen Holocaust-Lügner Bischof Williamson wieder in die katholische Kirche aufgenommen hat. Dabei hat dieser Bischof lediglich «nicht geglaubt», dass 6 Millionen Juden durch die Nazis vergast worden seien; er wolle die Unterlagen nochmals studieren. Klammerbemerkung: In einem zur Zeit laufenden Prozess zu diesem Thema wurde soeben bekannt, dass beim deutschen Bundesfinanzministerium bis heute 5360 710 Wiedergutmachungsanträge von Überlebenden des Holocaust angestrengt wurden. Die Mutter von Prof. Finkelstein, dem Verfasser des Buches «Die Holocaust-Industrie» – selber eine Jüdin – soll ausgerufen haben: «Wenn jeder, der behauptet ein Überlebender der Lager zu sein, wirklich einer ist, wen hat Hitler dann umgebracht?»

Das Ziel ist klar definiert

Israel will ganz Palästina – ohne jegliche Einschränkung – in seinen Besitz bringen. Dazu gehören auch Teile von Jordanien, östlich des Jordan. Bei allen verbalen Täuschungsmanövern gegenüber der Weltöffentlichkeit durch offizielle Stellen wird an der Schaffung von unumkehrbaren Fakten gearbeitet.

Nach einem Bericht der israelischen Zeitung Haaretz gibt es einen unveröffentlichten Bericht der Regierung, wonach es für 75% aller israelischen Siedlungen im palästinensischen Westjordanland keine Genehmigungen gibt. In vielen Siedlungen seien Synagogen, Schulen und andere Gebäude sowie Infrastruktur auf dem Land palästinensischer Privatleute errichtet worden. Nach Angaben der Friedensorganisation «Peace Now» sind die Bauarbeiten an den Siedlungen und Aussenposten im Westjordanland im Jahre 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 57% gestiegen. Im Jahr 2008 wurden



Der Kartenvergleich von 1946 bis 2000 belegt die «Erfolge» der israelischen Politik. Und mit dem Mauerbau, der ungestraft – trotz aller UNO-Resolutionen – weitergeht, werden die letzten palästinensischen Gebiete eingeschlossen. Sind dies dann nicht auch «Konzentrationslager»?

demnach 1257 neue Bauwerke in den Siedlungen errichtet, 2007 waren es etwa 800. In den von der Regierung «nicht offiziell» genehmigten Siedlungen hätten sich die Arbeiten mehr als verdoppelt, heisst es im Peace-Now-Bericht. Bald ist das Ziel erreicht! Shalom!

Hans Spitz, Köniz

NB: Gut, dass ich nicht in den USA lebe. Sonst würde ich wohl des Verstoßes gegen das Eingangs zitierte Gesetz angeklagt werden – wohl im Sinne von Ziff. 3 wegen «virulenter» Kritik an der Führung Israels, in der Vergangenheit und in der Gegenwart!

Chamäleons in der Politik!

Jahrzehntelang propagierte Christoph Blocher und seine SVP den «schlanken» Staat. Nur soviel Einmischung des Staates in unsere Gesellschaft und Institutionen wie unbedingt nötig! Der «Markt» würde schon alles selbst richten – hiess es!



Plötzlich ist nun alles anders! Christoph Blocher tritt ein für eine «Zerschlagung und Aufteilung» der UBS (etwa in eine Swiss-UBS und eine International-UBS?). Toni Brunner, Präsident der SVP, nickt zu solchen (ansonsten linken) Vorschlägen demütig. Dies im Gegensatz zu Nationalrat Hans Kaufmann, ebenfalls SVP, dem Spezialisten der Partei für Finanzfragen; er wurde nicht einmal um seine Meinung gefragt. Dieser ist stinksauer – verständlich, wenn plötzlich wichtige Parteiziele geändert werden ohne vorherige Absprache und Zustimmung der Delegiertenversammlung!

Ja, Christoph Blocher verlangt zudem ein Mitspracherecht des Staates im UBS-Verwaltungsrat. Gewisse Leute sehen übrigens den alt Bundesrat als idealen Staatsvertreter in diesem Gremium. Und Er-

fahrung hätte er ja – gehörte dieser doch in früheren Jahren selbst dem SBG-Verwaltungsrat (ist heute UBS!) an... bis man ihn aus politischen Gründen vor die Tür setzte! In diesen Kreisen gilt halt die Devise: «Wessen Brot ich ess' – dessen Lied sing' ich!».

Was bezweckt nun Christoph Blocher mit alledem? Späte Rache eines geschassten ehemaligen SBG/UBS-Verwaltungsrates, meinen die Einen – oder eine rasche opportunistische Ausrichtung des SVP-Parteiprogrammes, glauben die Andern. Alles nur Vermutungen! Eines ist jedoch sicher: Wenn die bürgerlichen Parteien schon nicht innig «Brüder» sein wollen mit der SVP, so probiert man jetzt eben eine «Kooperation» mit den Genossen der SP!

Was politisch von Christoph Blocher noch folgen wird, dürfte gewisse Leute immer wieder überraschen, andere hingegen ärgern! Tröstlich ist, dass sich auch der Übervater als Autofahrer ja bald regelmässig alle zwei Jahre für einen Gesundheitstest beim Arzt wird melden müssen. Dann kann ja nichts mehr schief gehen – nirgendwo!

B.O. Bachter, Zermatt



EU-Beitritt vs Tierschutz

Als langjähriger Tierschützer und bislang stolzer Schweizer Bürger bin ich äusserst schockiert, dass links-grüne Politiker einen EU-Beitritt begrüßen. Bislang meinte ich, die Grünen würden sich auch für den Tierschutz einsetzen. Sind sich die links-grünen Politiker wirklich bewusst, was ein EU-Voll-

beitritt für die Tierhaltung bedeuten würde?

Das hart erkämpfte Schweizerische Tierschutzgesetz, wie beispielsweise das Aufrechterhalten des EU-Tier-Transitverbotes sowie das gesamte vorbildliche Tierschutzgesetz in unserem Land, würde durch einen EU-Beitritt zerstört und gänzlich aufgehoben. Zudem ist längst bekannt, dass der Fleischkonsum zum schlimmsten Verursacher der Umweltverschmutzung gehört. Auch hier bleibt für mich äusserst fragwürdig, weshalb sich der grösste Teil der grünen Politiker für die Umwelt einsetzen, neue Gesetze schaffen wollen, aber selbst nicht auf den Fleischkonsum verzichten?

Lukas Sulzer, Burgdorf,
Petitionsleiter: www.fleischsteuer.ch

Diese Probleme haben einen Namen

Es ist noch nicht so lange her, da verlor eine junge Frau in Schönenwerd durch einen Raser ihr Leben. Täter war ein «Balkan». Anfangs Januar konnte man der Presse entnehmen, dass sich die Freiburger Justiz erneut mit einem Fall von sexuellen Übergriffen unter Jugendlichen befassen musste. Unter den 15 jugendlichen «Helden» seien acht aus dem Balkan und darunter seien auch vier Schweizer. Es wäre interessant zu erfahren, ob es sich bei letzteren eventuell um kürzlich Eingebürgerte handelt? Leider vergeht kaum eine Woche, wo man nicht von negativen Schlagzeilen über «Balkanis» liest; mal ist es Mord und Totschlag, dann Raserei (mit tödlichen Folgen), Einbrüche, Vergewaltigungen, Schlägereien usw. Natürlich darf man nicht pauschalisieren oder ganze Nationen in einen Topf werfen, aber es ist schon auffallend, wieviele Delikte von gewissen Ethnien aus dem Balkan verübt werden. Wann endlich erwacht unsere «Kuschel-Justiz» und bestraft Fehlbare (auch Jugendliche!) mit mehr Härte? Wenn man sich so umhört, gehören ja gewisse Balkan-Vertreter nicht gerade zu den

beliebtesten Zuwanderern in der Schweiz, umso angebrachter wäre es, dass sie sich hier ruhig verhalten und sich zu integrieren versuchen. Kriminelle Energien helfen niemals ein schlechtes Image zu verbessern. Gerne möchte ich den zuständigen Polizeistellen z.B. auch mal die Frage stellen, ob schweizweit eine Statistik besteht, wieviele von den Raserunfällen auf das Konto von «Balkanis» gehen? Beim Täterprofil bekommt man schon öfters den Eindruck, dass fehlende Bildung durch Einbildung und eben Raserei «kompensiert» wird. Wie lange will die Schweiz solche Zustände noch dulden? Durch Wegschauen und Verdrängen lösen wir solche Probleme nicht. Viele Verbrecher lachen ja heute nur noch über die Schweiz und ihr zahnloses Justizsystem! Leider werden diese Zustände durch ein falsch ausgelegtes «Gutmenschentum» und teils auch durch reichlich weltfremde psychiatrische Täter-Gutachten noch gefördert.

Was für eine Schweiz wollen wir unseren Nachfahren eigentlich hinterlassen?

Hans Ueli Michel, Brienz

Naiver UBS-Banker bezirzte Obama

Er sei der grösste Spendensammler für seinen Wahlkampf gewesen, lobte US-Präsident Obama, fast von oben herab belächelnd, den nun im Wirtschaftsrat der USA sitzenden Schweizer UBS-Banker Robert Wolf, Chief UBS-Group Americas. Herr Wolf liess sich zuvor von Obama zum Essen einladen und merkte dabei wohl gar nicht, welche Absicht Obama

tatsächlich verfolgt. Dieser Mann (Obama) hat die Vision, einer gerechteren Welt, dafür verschuldet er sein eigenes Land durch hunderte von Milliarden Dollars, angeblich zur Wirtschaftsförderung, bis in den Ruin. Klar, dass in einer solchen Situation alles gut genug scheint, um aus anderen Staaten noch zusätzlich viel viel Geld herauszupressen, inklusive Bussen.

Weshalb gibt es denn in den USA keine akzeptableren Pauschalbesteuerungsabkommen, wenn «Reiche» doch so begehrt sind?

Der Bundesrat und die Verantwortlichen der UBS in der Schweiz haben sich fürchterlich lächerlich gemacht, indem sie sich durch die Schreckschuss-Mentalität der USA mit Ultimatum hundertprozentig ins Bockshorn jagen liessen. Dieses ultimative Liefern der betr. Bankkundendaten schadet dem Respekt sowie der Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates; wenn An-

klagepunkte nicht ordnungsgemäss Schritt für Schritt angegangen und unsere Gesetze nicht eingehalten werden. Die USA hüten sich in jedem Fall, den UBS die Bankenlizenz zu entziehen, weil andernfalls tausende von Arbeitsplätzen amerikanischer Arbeitnehmer geopfert werden müssten. Die Erinnerung an das erpresserische Vorgehen der amerikanischen Juristen Fagan und D'Amato in Bezug auf Geldeintreibung für Holocaustopfer lässt grüssen...

Marcus Stoercklé jun., Basel

Weltwirtschaftskrise: Verkehrte Welt

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise haben bekanntlich die USA verursacht. Amerikanische Banken verkauften in alle Welt Schrottpapiere, die von angesehenen US-Rating-Agenturen aus Gefälligkeit (oder gegen Bares?) teilweise mit «AAA» – höchste Bonität – bewertet wurden. Allein in der Schweiz haben Banken, Versicherungen und Sparer als Käufer solcher Papiere einen Schaden von fast 1,5 Billionen (1500 Milliarden) erlitten. Mit dem Erlös aus diesen Schrottpapieren haben die USA u.a. auf unsere Kosten den «American Dream» gelebt. Ein Eigenheim in den USA mit einer Anzahlung von nur 5% und für den Rest eine Hypothek? Kein Problem! Die SEC (US-Börsenaufsicht) hat – wie auch in den Fällen Madoff und Stanford, wo konkrete Hinweise auf Betrug vorlagen – von alledem nichts

gemerkt. Gegenüber Schweizer Banken, die sich anscheinend nicht korrekt verhalten, sind die US-Behörden viel findiger und aktiver, handelt es sich doch um **unliebsame Konkurrenten**. Angenommen, Schweizer Finanzinstitute hätten die USA um Billionen geschädigt. Wie würde dann Präsident Obama reagieren? «Yes, we can» würde er rufen und eine gigantische Welle von Drohungen, Sammelklagen und ultimativer Forderungen nach Wiedergutmachung veranlassen. Was aber, wenn die Welt von den USA eine Wiedergutmachung des durch die Wirtschaftskrise verursachten Schadens verlangen würde? Diese Forderung wäre chancenlos. Zwar halten die Amerikaner viel von Ethik und Moral, aber eben nur, wenn es darum geht, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Otto Weiersmüller, Utikon

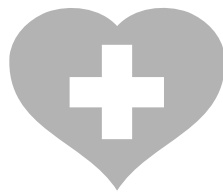
Warum keine Vereinbarung vor der UBS-Rettung?

Der Preis der freien Marktwirtschaft ist gegebenenfalls der Firmenkonzurs, auch wenn er durch widrige Umstände hervorgehoben wird. Das gilt jedenfalls bei kleinen und mittleren Firmen der Realwirtschaft. Allenfalls wird ein Konkurs verhindert, wenn sich Firmeninhaber durch Einschieszen von Kapital und die Belegschaft durch Gehaltreduktion bereit erklären, Opfer zu bringen. Ohne Staatshilfe wäre die UBS Konkurs gegangen. Warum hat man nicht vor der Hilfe – um die Bank und Arbeitsplätze zu retten – wie bei Unternehmen der Realwirtschaft, Opfer vereinbart?

Dies umsomehr als Aktionäre und Personal durch dubiose Spekulationsgeschäfte, die zur Weltkrise und Belastung der Steuerzahler führten, jahrelang unverschämte Riesengewinne und Boni eingestrichen haben. Da die Löhne bei der

UBS zum Teil mehr als doppelt so hoch sind wie im Realwirtschaftssektor, ist es beschämend, dass das UBS-Personal nicht wenigstens auf die Boni des vergangenen Jahres verzichtet, wie es etwa Thomas Minder fordert, oder nicht von mehr Bankmanagern und Angestellten Rückzahlungen erfolgen, wie es der Buchautor René Zayer in der Arena des Schweizer Fernsehens als angemessen bezeichnete. Die sogar professorale Verteidigung von hohen Löhnen und Boni aus juristischen Gründen – ohne angesichts der verursachten Riesenverluste an die Freiwilligkeit zu appellieren – unterstützt die offenbar noch herrschende, kein Vertrauen erweckende Giermentalität. Besonders stossend ist, dass auch ohne rechtliche Verpflichtung Boni ausbezahlt werden sollen!

Emil Rahm, Hallau



Un génocide à l'échelle planétaire



Mary Meissner,
Vernier

On parle très peu de cet énorme problème qui ronge notre planète, la surpopulation et ce risque programmé d'une famine catastrophique causant des millions de morts dans certaines parties du globe. La Chine ayant supputé les risques encourus si elle ne prenait pas des mesures draconiennes urgentes pour stopper les carences produites par une surpopulation de son territoire, a édicté une loi interdisant la mise au monde de plus d'un enfant par couple, sous peine de prison ou d'amendes salées. Cela

est possible dans un système totalitaire où les citoyens obéissent au Grand Timonier et ses successeurs. Par contre en Inde pays qui se targue d'être une démocratie, où des lois sont édictées sans jamais être appliquées (dot pour une épouse interdite, disparités appliquées aux castes supprimées) l'assassinat des bébés filles remplace une interdiction légale d'avoir plusieurs enfants comme en Chine. La seule obsession d'une femme enceinte c'est de savoir après cinq semaines, si elle porte une fille ou un garçon et dans le premier cas, se faire avorter au plus vite. Une fille à marier c'est la ruine du ménage, car la dot exigée pèse lourd dans le budget.

Le gouvernement prévoit qu'en 2050, il y aura un million de mâles célibataires ne trouvant pas de compagne. Ce déséquilibre pour-

rait se résorber si les femmes au lieu de payer pour se marier, devraient au contraire encaisser pour devenir l'épouse, souvent l'esclave, d'un mari imposé. A ceci s'ajouterait l'interdiction de procréer avant l'âge de 20 ans, et une seule fois sans choix de sexes possible.

La bêtise humaine n'ayant pas de limite, le côté religieux balayant doute et scrupule aidant, l'intérêt personnel primant sur la préservation de l'acquis, l'actuel crack financier n'ayant aucune influence sur le côté de cette question, le bout du tunnel est encore loin.

Responsables et victimes de l'over-sexe, préfèrent continuer à se vautrer dans leurs turpitudes en tuant des millions de fillettes en gestation, ou nées indésirables, plutôt que d'appliquer les lois et se contrôler dans l'abstinence.

Il ne faut pas s'étonner des violences juvéniles dont l'avenir est bouché, et mettons au pilori ces femmes stériles qui veulent contrer le destin par des manipulations génétiques, ainsi que les édiles et journalistes se félicitant des performances natalistes de leur pays.

Mais tant que les humains se comportent en égoïstes, bourreaux et potentats absolus, les avortements, assassinats et meurtres de la gent féminine continueront dans ce monde pourri, en douce, sans bruit et sans sanctions d'aucune sorte. Ce qui ne veut pas dire qu'il faille continuer cette politique d'autruche, et ne pas ouvrir toute grande la voie à une démographie galopante, mais appliquer logiquement une vraie protection de la nature, en planifiant d'avance le nombre d'individus supportable par surface disponible.

Combien ça coûte

Voilà une émission beaucoup regardée par les téléspectateurs, surtout ces derniers temps, vu les informations catastrophiques financières, économiques et même religieuses qui viennent secouer les fondements de la vie des citoyens contribuables. Il est en effet très intéressant de savoir si lorsqu'on achète quelque chose, on en a pour son argent, ou si les factures reflètent bien le critère qualité-prix. Il en est de même avec les subsides et les aides humanitaires, mais dans ce domaine c'est une autre histoire.

Pour nous faire avaler la pillule, les grands argentiers nous abreuvent de statistiques incontrôlables, le baratin sur le nombre de prisonniers suisses et étrangers change avec chaque parti, le nombre des requérants d'asile fait l'objet d'une prudence particulière et pour mieux noyer le poisson, les comptables partagent les adultes des enfants, les travailleurs des infirmes, les femmes légères des souillons, les asilants B, C, F, L, etc. les bons malheureux et les salopards dangereux. Bref, nous dansons sur une musique mensongère, la pire concernant le coût réel de ces étrangers venant manger notre pain, occuper nos maisons, remplir nos

écoles de leurs rejets et souvent occupant nos places de travail. Au fait, combien coûtent-ils en réalité? J'aimerais bien savoir si dans leurs fameux calculs, nos dirigeants socialistes, comme la petite Pürro qui vient d'être nommée aux côtés de Beer et qui se targue d'avoir basé sa propagande électorale sur ses demandes d'augmentation d'aide humanitaire, de subsides aux enfants d'où qu'ils proviennent, aux malades, aux blessés et aux prisonniers libérés, nous donnent le véritable coût de ces différents cadeaux? Ils nous indiquent grosso modo le total des aides journalières, mensuelles ou annuelles, comprenant le toit, le blanchissage, le couvert, et même l'argent de poche, mais oublient sciemment d'inclure dans ces calculs les frais de transports, de contrôles policiers, les frais de justice, de traducteurs, les sténo-dactylos et le papier, et ils minimisent les factures médicales, les aides à domicile, les instruments médicaux, les sauvetages sporadiques, les remises en condition, les frais dentaires, etc. etc. En ajoutant tous ces frais collatéraux, combien nous coûte réellement un seul réfugié?

Qui va pouvoir répondre à cette question? *Charlotte Morel*

Discussion choquante

Il est 19h15 et je viens d'entendre les pires horreurs radiophoniques émises par un aréopage d'élus censés nous gouverner et sauver le pays des attaques multiples qui l'assaillent depuis les dérapages bancaires. Est-il concevable de laisser des représentants de notre gouvernement discuter sur les ondes écoutées par le monde entier, des tenants et des aboutissants de l'incompétence de nos banquiers, financiers et même responsables de notre économie nationale? Est-il acceptable de devenir la risée de ceux qui nous accusent à tort ou à raison de malversations fiscales, de détournements bancaires et de paradis fiscal? Pourquoi laisse-t-on ces délégués officiels débattre de leurs idées, de leurs suggestions et des accusations mutuelles qu'ils se lancent à la tête au plus grand dans des auditeurs quels qu'ils soient? Je ne me suis jamais sentie si mal à l'aise que durant cet échange de propos acerbes, venimeux et accusateurs mal dirigés. Alors que l'intérêt national est malmené, c'est l'occasion de parler d'une même voix, de se défendre comme l'ont fait nos aïeux et surtout de parler à huis clos lorsqu'il s'agit de sauver nos droits, utilisant la discrétion, le secret et les apparences

d'une entente cordiale entre tous les Suisses. Ce que je viens d'entendre me navre, me déçoit et surtout j'ai honte vis-à-vis du monde entier qui assiste goguenard, pour certains, à ces pugilats de tavernes dignes du Moyen Âge! Je ne citerai aucun des protagonistes pour éviter d'être malmenée selon leur critère, mais je demande aux médias de baisser le ton, de réduire leurs commentaires et de nous laisser souffler un peu, car ces joutes orales déséquilibrent le peu d'espoir en l'avenir qui nous reste.

Mary Meissner

DS



Non à la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle

Non à la baisse des rentes!

**Signez le référendum!
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne**

L'enfer de Dante – Adresse cosmique: La Terre

Poètes et scientifiques s'ingénient à présenter notre astre comme une planète bleue, idyllique et royale parcourant l'espace sidéral en explorateur découvreur d'éléments toujours plus petits vis-à-vis de l'homme qui apparaît alors de plus en plus grand, omniprésent et se prenant pour Dieu. L'esprit cosmique qui a mis en place de telles prouesses de reproduction pour tout et pour tous, au milieu de décors somptueux n'aurait-il pas dans sa hâte de concevoir la Terre en sept jours, omit le principal, un système de continuité contrôlée dans les limites d'une survie supportable autant pour les êtres vivants que pour la nature en soi. En donnant à Géa l'ordonnance des volcans, des ouragans, des tsunamis et des séismes intempestifs, n'a-t-il pas programmé le chaos actuel qui ravage nos mentalités et notre environnement? Les hommes profitent de toutes les opportunités pour construire et produire en détruisant la plupart du temps inconsciemment le socle de leur existence, et sont en confit permanent face à la Terre mère, Géa. Ce principe qui régit le monde aujourd'hui répète: Tu me détruis, je te

détruis, fait que l'humanité croupit de plus en plus dans ses déchets, sa surnatalité et l'empoisonnement de son environnement. Le cerveau des hommes n'a qu'une capacité limitée à se projeter loin dans l'avenir, ce qui provoque des disfonctionnements politiques, économiques, religieux et scientifiques. Ces disfonctionnements incluent les informations mensongères, les conflits récurrents, les luttes de pouvoir, et la dissémination de virus réels et virtuels, qui déstabilisent la moindre amélioration. Ainsi, sur la planète il y a d'immenses territoires inhabités, les hommes préférant s'agglutiner dans des mégapoles deshumainisées augmentant la pollution, la promiscuité générant la paupérisation dégradant l'hygiène de vie et aggravant la faim et la soif. Si les responsables essayaient de calculer le nombre possible d'habitants au km², ils édicteraient des lois restrictives de procréation, ils interdiraient les embryons in vitro, les clonages et les mères porteuses. La nature qui essaie désespérément à limiter la libido hétérosexuelle, d'augmenter les changements transsexuels et l'apparition de cer-

taines pandémies, est en train de perdre du terrain. Des femmes continuent à mettre au monde des kyrielles d'enfants et même des octuplés, les lesbiennes se font inséminer artificiellement, il existe même des fabriques de poches à bébé in vitro sans père, ni mère, sans âme non plus.

La Terre a trouvé un nouveau moyen de se débarrasser de ces vermines humaines. Elle réchauffe les Océans, liquéfie les glaciers et les pôles, fait monter les eaux qui engloutissent des îles et des plages, obligeant les gens à s'enfuir sur des terres suffisamment émergées ceci augmentant les exiles climatiques. Et où iront-ils? Dans les pays organisés les mégapoles, là où il y a de l'eau et des terres cultivables. Mais les déserts ne seront pas peuplés, les arbres manquant d'eau ne seront pas replantés ou plantés, et qui construira des usines de désalinisation, des barrières anti-feux, etc? Il suffirait d'un peu de bon sens pour assainir cet enfer où l'on ne sait que se battre, s'entretuer, envoyer dans l'espace des engins de contrôle et de désinformation, créer des bidonsvilles de plus en plus enfouis sous des déchets de

toutes sortes, faire renaître des maladies odieuses et abêtir ceux qui acceptent de se laisser endoctriner. L'actuel crack financier n'est qu'un premier avertissement pour stopper la production durable, le progrès bio, le changement génétique dangereux et la course au néant. Je sais que ces considérations très incomplètes ne toucheront personne tant il est vrai que dans mes recherches sur cette vision des choses, je n'ai rencontré que ceux minoritaires qui n'ont pas accès aux décisions cruciales. Peut-on espérer d'améliorer une telle débâcle? Ou à défaut d'en sortir, mais comment? Puisque science et religion semblent faire aujourd'hui bon ménage espérons un retour du Christ, miracle virtuel dans l'air du temps.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)
- Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
info@democrates-suisse.ch
www.democrates-suisse.ch

Le problème tamoul

S'immoler par le feu est-ce une solution pour résoudre un problème vieux de trente ans? Un violeur doit répondre aujourd'hui pendant toute sa vie d'un crime aussi odieux et sa victime ne lui pardonnera jamais. Les ressortissants du Tamil Nadu, eux aussi, ont violé, tué et volé des terres Sri Lankaises, et vouloir maintenant jouer au martyr pour exiger de cette île déchirée pendant si longtemps à cause des Tamouls occupant leurs maisons et cultivant leurs champs, alors qu'ils

étaient des réfugiés dans leur propre pays, est un acte illégitime et absurde. C'est étonnant qu'aucun journaliste n'ait eu l'idée de souligner le déroulement de ces événements passés, comme si le Tamoul en question avait fait acte de bravoure. Considère-t-on une deuxième génération libérée des fautes de leurs pères? Ne doit-elle pas répondre des exactions et crimes collectifs de son ethnie? En tous cas c'est le silence du côté de l'Inde concernant les Tigres tamouls du Sri Lan-

ka. Le gouvernement a trop peur d'étendre une plaie qui ressemble fort à celle rongant la bande de Gaza. Espérons que notre Micheline ne se lancera pas dans des gesticulations ne rimant à rien et qu'elle laissera notre pays en dehors de ce conflit qui, à mon point de vue, est l'opération logique d'un abcès purulent dont le gouvernement Sri Lankais devait éradiquer les nuisances une fois pour toutes.

Charlotte Morel, Genève

Le Pileri

Pillage organisé

On sait depuis longtemps que les sommes allouées aux gouvernements de pays du tiers monde ne vont pas pour l'aide au développement et aux plus démunis, mais dans la poche des potentats aux joues rebondies et au gros ventre. Il y en a même un qui loge officiellement dans une suite de l'Hôtel Intercontinental et passe une grande partie de l'année à Genève. Le Camerounais Paul Buya qui spolie

les richesses de son pays rendant l'économie atone. Toutes ces sommes distribuées par le FMI aux pays africains émergents sont volées dans la poche des travailleurs occidentaux et américains en faveur de quelques privilégiés jamais contrôlés et même souvent soutenus lors de rébellions. Tout ça pour que ces marionnettes signent des contrats en faveur de multinationales étrangères venant piller les richesses du sous sol. Biya au pouvoir depuis 1992, soutenu par la France et largement détesté au Cameroun, a même changé la Constitution de son pays le 12 avril dernier afin que

le mandat présidentiel ne soit pas limité dans le temps.

Nouvelle mafia navale

La capture du super-pétrolier saoudien samedi passé, devrait faire déborder le vase des exactions mondiales contre les individus et leurs biens, soit par des enlèvements d'hommes et de femmes innocents, soit par le piratage de navires aujourd'hui en Somalie, hier les boat-people asiatiques. Des tractations s'engagent pour rendre ces cargos et leurs marchandises

Suite en page 15

Diversité ethnique et altruisme

L'immigration de masse des dernières décennies a profondément modifié la composition ethnique de la plupart des pays occidentaux. Les partisans de cette évolution entretiennent le rêve d'une société multiraciale et multiculturelle harmonieuse, source d'enrichissement mutuel. Or on constate depuis un certain nombre d'années que l'harmonie n'est pas exactement au rendez-vous. Dans l'édition de mai 2008 du journal «*Démocrate Suisse*», j'avais évoqué les travaux du sociologue américain Robert Putnam, qui montrent que l'augmentation de la diversité ethnique nuit doublement à la cohésion sociale: la confiance entre groupes ethniques diminue et les individus se replient sur eux-mêmes. Est-il concevable qu'en Europe la notion de bien commun s'effrite au point que divers groupes ethniques défendent uniquement leurs intérêts et refusent par exemple de financer des systèmes sociaux pour tous? Frank Salter fournit des éléments de réponse à ces questions dans son ouvrage *Welfare, Ethnicity, and Altruism* [1].

Les ethnies existent bel et bien

Des chercheurs aussi réputés qu'Irenäus Eibl-Eibesfeldt et Pierre van den Berghe comptent parmi les auteurs de l'ouvrage. Tous deux étudient depuis longtemps le népotisme ethnique, c'est-à-dire la tendance des individus à favoriser le groupe ethnique auquel ils appartiennent. A la différence de nombreux auteurs contemporains qui affirment que les ethnies et l'ethnicité sont des constructions sociales, des inventions sans fondement réel, Frank Salter et ses co-auteurs défendent la thèse que les ethnies sont une réalité concrète. Dans le dernier chapitre, Frank Salter dissèque les écrits de Micha-

el Walzer, Peter Schuck, Bill Jordan et Robert Putnam. Il leur reproche de minimiser l'importance des facteurs ethniques ou de n'en avoir qu'une connaissance intuitive, c'est-à-dire non fondée sur le plan scientifique. Ces auteurs admettent les effets négatifs de la diversité ethnique sur le financement des systèmes sociaux, mais ils éprouvent – pour des raisons d'ordre idéologique – de la difficulté à tirer les conclusions qui s'imposent (par exemple la nécessité d'une politique d'immigration plus restrictive et sélective). Ils s'obstinent à affirmer qu'il y a plus d'avantages que d'inconvénients à vivre dans une société multiethnique. Mais les études de Robert Putnam, pour ne citer qu'elles, montrent pourtant que les gens se font davantage confiance et entretiennent plus volontiers des contacts dans des sociétés homogènes que dans des sociétés mixtes.

Pondération des facteurs ethniques

Outre des textes théoriques, le livre contient des études de cas intéressantes. Le chapitre 2 est par exemple consacré à la générosité envers les mendiants en Russie en fonction de l'appartenance ethnique et du sexe: les hommes russes tendent à être plus généreux envers des mendiants russes et moldaves qu'envers des mendiants tsiganes; les femmes russes se montrent en revanche généreuses envers les trois groupes. Lorsque le mendiant porte des effets militaires, les hommes russes lui donnent plus volontiers de l'argent: l'expérience commune du service militaire brise la glace.

Mais tous les auteurs du livre n'arrivent pas à des résultats aussi tranchés. Dans le chapitre 3, James Schubert et Michael Tweed se penchent sur l'influence de la taille de la communauté et de l'hétérogénéité ethnique sur les dons caritatifs aux Etats-Unis. Leur étude montre d'une part que les gens donnent davantage dans les communautés de petite taille, d'autre part que l'influence des facteurs ethniques est moins importante – mais pas insignifiante – que la taille de la communauté. L'étude montre aussi que l'influence de l'hétérogénéité ethnique ne semble pas être linéaire: contre toute attente, c'est dans les communautés très homogènes que l'on donne le moins. Lorsque les minorités ethniques représentent plus de 10% de la population totale, la volonté de donner diminue cependant de manière générale.

D'autres études arrivent aussi à des résultats de prime abord contradictoires: alors que Stephen Sander son (chap. 4) et Tatu Vanhanen (chap. 5) s'accordent sur le fait que la diversité ethnique a un impact négatif sur le comportement caritatif, le premier considère que cet impact est modéré, voire fort, tandis que le second le considère comme très faible. Il ressort de la discussion des résultats que ces dif-

nombreux pays, c'est tout bonnement impensable en raison de l'impact qu'une telle croissance démographique aurait sur l'environnement.

Cohabitation à risque?

Le livre de Frank Salter est très dense et ne peut être résumé intégralement dans le cadre de la présente recension (j'ai par exemple omis les études sur le comporte-



férences de pondération sont dues à la sensibilité des indicateurs statistiques utilisés; les résultats de Sanderson sont en fin de compte considérés comme plus proches de la réalité. Cet exemple rappelle qu'il est important de disposer de concepts et d'instruments de mesure précis avant d'élaborer et de mettre en œuvre des mesures politiques.

Diversité, croissance et environnement

Le chapitre 7 réserve quelques surprises au lecteur. William Master et Margaret McMillan y confirment que les sociétés ethniquement hétérogènes investissent moins d'argent dans des biens collectifs tels que des administrations communales, des associations caritatives locales et des programmes nationaux d'aide sociale, et qu'elles se caractérisent par une croissance économique moindre. Malgré ce constat, ils avancent l'idée que l'association de plusieurs groupes ethniques au sein d'un seul Etat permettrait d'obtenir une croissance économique plus élevée grâce à des économies d'échelle. Ils calculent que les effets négatifs d'une augmentation de 1% de la diversité ethnique seraient compensés par une augmentation de la population totale de 1,8 à 3,3 millions de personnes. Frank Salter tient cette idée pour utopique: la population d'un pays devrait en effet augmenter en moyenne de 25 millions d'habitants pour que soient compensés les effets négatifs de 10% de diversité ethnique. Dans de

ment des primates ou sur la politique des minorités au Canada). Il constitue en tout cas une source d'informations scientifiques bienvenue sur des questions qui sont rarement évoquées, mais qui nous concernent tous.

Il faut ajouter que la question des effets de la diversité ethnique sur la cohésion sociale ne se pose pas uniquement pour les rapports entre les Européens et les immigrés non européens, mais aussi pour les rapports entre Européens. Les éclatements de la Tchécoslovaquie et de la Yougoslavie ont rappelé que même les peuples européens n'ont pas nécessairement envie de vivre ensemble – une réalité à laquelle nous renvoyent aussi les mouvements indépendantistes en Espagne, en France, en Belgique ou en Grande-Bretagne. N'oublions pas que, dans notre propre pays, des cantons tels que le Jura, Bâle-Ville et Bâle-Campagne, Obwald et Nidwald doivent leur existence au fait qu'à un moment donné de l'histoire des Suisses n'ont plus voulu cohabiter à l'intérieur des mêmes frontières cantonales. Compte tenu de ces faits, est-il sage de vouloir faire cohabiter à tout prix en Europe des populations originaires du monde entier? Ne crée-t-on pas là des situations encore plus explosives?

[1] Frank K. Salter (dir.), *Welfare, Ethnicity, and Altruism. New Findings and Evolutionary Theory*, Frank Cass Publishers, London 2004, 341 pages

Le Pileri – Nouvelle mafia navale

Suite de page 14

avec les ravisseurs et pirates super-armés contre rançon. Les Saoudiens, propriétaires du Sirius Star refusent de discuter, les autres tergiversent, et l'ambiance générale est une résignation devant la décision de prendre des mesures drastiques. Qu'attendent ces milliardaires du Golfe et autres armateurs, pour payer des mercenaires bien armés à demeure sur leurs navires. Les pirates réfléchiraient à deux fois avant de se lancer à l'abordage, de peur de sa faire canarder!

Rote Karte gegen leere Versprechungen!

Ein jeder Lohnabhängiger – ob Mann oder Frau, Angestellter, Vorgesetzter oder Selbständiger – gehört auch automatisch der Pensionskasse (PK) seines Betriebes an. Die Arbeitnehmer haben – dies ist eine knallharte Tatsache – hierbei keine freie Wahl, sich dieser oder jener PK anzuschliessen (kaum jemand wählt seinen Arbeitsplatz aufgrund der zugeordneten PK!).

Der Arbeitgeber verfügt womöglich über eine betriebseigene PK, bei kleineren oder Kleinstunternehmen gehören die Betriebe meist einer Sammelstiftung an. Es gibt selbstverständlich – wie auch in andern Wirtschaftszweigen – bessere und schlechtere PK! Der Arbeitnehmer, wie oft auch der Arbeitgeber, haben bei alledem (fast) nur eine Pflicht: Regelmässige Bezahlung der Prämien!



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

1972 wurde die PdA-Initiative «für eine wirkliche Volkspension» in der Volksabstimmung (auch mit Hilfe der Sozialdemokraten/SP!) abgelehnt. Insbesondere Pensionskassen und Versicherungsgesellschaften, welche im Rentenbereich Goldadern orteten, waren selbstverständlich gegen eine «Volkspension», d.h. eine starke AHV-Rente, die zum Leben reicht, denn eine solche hätte die 2. Säule, – das Pensionsgeschäft – zunichte gemacht («Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber!» – Zitat von I. U. Lenin). Der damalige Regierungsvorschlag zur Volkspensionsinitiative hiess verlockend: **3-Säulen-Modell** (AHV, Pension und private Ersparnisse), der dann auch in der Volksabstimmung eine breite Zustimmung fand. Dass dieses Modell schon seinerzeit mehr Theorie als Praxis darstellte, sollten nun auch die letzten Zweifler mit der heutigen knausrigen Rentenpolitik und den finanzpolitischen Realitäten erkennen!

Das Risiko tragen die Versicherten

Der Umwandlungssatz für die Rentenberechnung wurde schon mehrmals gesenkt. Ursprünglich war dieser 7,2%. Im Jahr 2015 soll dieser nur noch 6,4% betragen.

Beispiel: Vorhandenes Alterskapital inkl. Zins bei Eintritt ins Pensionsalter:

(alt) bei Fr. 200 000.– zu 7,2%
= Fr. 14 400.–
bei Fr. 300 000.– zu 7,2%
= Fr. 21 600.–

(neu) bei Fr. 200 000.– zu 6,4%
= Fr. 12 800.–, = **minus Fr. 1600.–**
bei Fr. 300 000 zu 6,4%
= Fr. 19 200.–, = **minus Fr. 2400.–**

Das obige Alterskapital beinhaltet auch die Zinsgutschrift. Jene Pensionskassen, welche in den letzten Jahren «auf Risiko» arbeiteten und übermässig in den Aktienmarkt (auch hier gibt es unterschiedliche Titel!) investierten, sind nun nach der derzeitigen Baisse im Aktienmarkt die Verlierer. **Genauer: Die Versicherten haben die Verluste zu tragen!** Pensionskassen, welche «konservativ», d.h. in Immobilien (z.B. Mietshäuser) oder Obligationen investiert haben, stehen besser da (und damit auch ihre Versicherten). Die versicherten Arbeitnehmer haben leider kaum Einflussmöglichkeiten auf das Geschäftsgebaren ihrer PK! Und der Bund hilft den Falschen!

Die harten Realitäten

Bei der etappenweisen Senkung (Salami-Taktik) des BVG-Umwandlungssatzes, so z.B. auf den 1.1.08, hiess es in der bundesrätlichen Botschaft: «Das in der Verfassung vorgegebene Leistungsziel – BVG-Rente deckt zusammen mit der AHV bei voller Versicherungsdauer rund 60% des letzten BVG-Lohns – kann auch mit dem **etwas tieferen** Umwandlungssatz erreicht werden. Der Bundesrat **verzichtet** deshalb darauf, im Gesetz flankierende Massnahmen vorzuschreiben...» Eines ist sicher: Wenn das Renten-geschäft nicht mehr so rund läuft – tragen nicht die Gutverdienenden in den PK und Versicherungsgesellschaften (Aktionäre) das Hauptrisiko. Die Verwaltungskosten der Gesellschaften für die einbezählten Guthaben lassen sich diese nicht selten auch noch «vergolden». **Es scheint, als ob der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit eher darauf bedacht ist, die Interessen der Pensionskassen und Versicherungsgesellschaften wahrzunehmen, als jene der Versicherten!**

In der heutigen Zeit wäre es u.U. ratsam, wenn der Arbeitnehmer einen Teil seines Guthabens bei der PK herauslösen und in sein eigenes Wohneigentum investieren würde. Vor- und Nachteile abgewogen, – ist dies wohl keine schlechte Investition in die eigene Zukunft und die der Familie! Doch nicht jeder Arbeitnehmer will und kann Wohneigentum erwerben. Gründe dagegen gibt es eben auch...

Lügen über Lügen!

Erinnern Sie sich noch an die gross-spurigen Aussagen von Bundesrätinnen und Wirtschaftsführern im Vorfeld der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit? Ein Ja ver-helfe der Schweiz zu Wohlstand (für wen?), zu einer prosperierenden Wirtschaft und dank der zusätzlichen ausländischen Arbeitnehmer zu einer ausgewogenen Finanzlage bei AHV, IV und den PK! Lügen haben offensichtlich sehr kurze Beine!

Kaufkraftgesicherte Renten sind gefordert!

Die Anzahl der Arbeitslosen in der Schweiz wird in den nächsten Jahren zunehmen. Die Inflation wird mit Sicherheit ein grosses Problem werden. Fast 70 Milliarden Franken wurden der Boni-geilen UBS-Leitung zugeschanzt. Das Risiko tragen die Schweizerische Nationalbank und der Bund! (auf

deutsch heisst dies: wir alle müssen hierfür den Buckel hinhalten). Die politische Führung in diesem Land hätte den Auftrag, ja die Pflicht, der PK-Lobby den seriösen und sicheren Weg des Geldanlegens zu weisen: Sozialabbau und Hühnergeacker sind unangebracht! Und wenn weitere Stricke reissen sollten, sind die Behörden gefordert hier selbst Gerechtigkeit zu schaffen (mit allen politischen und administrativen Mitteln, die zur Verfügung stehen), auch wenn dies den Staat etwas kostet. Für anderes hat man immer Geld! Die meisten Versicherten haben ein Leben lang einbezahlt und somit in einem geordneten Staat ein Anrecht auf die zugesagte Pension. Was nützt eine Altersrente, wenn diese für einen würdigen und finanziell sicheren 3. Lebensabschnitt ungenügend ist? **Es ist absolut inakzeptabel, wenn Arbeitnehmer teilweise ihrer 2. Säule verlustig gehen! Deshalb unterstützen wir das Referendum!**

Solidarität der Pensionierten

Jetzt wird versucht, die künftige Pension **der heute noch Erwerbstätigen** herabzusetzen. Sollte dieser Coup (was mit dem Referendum zu verhindern ist!) dennoch gelingen, sind zweifellos **weitere «Sparrunden» im Rentenbereich** angesagt. Die heutigen Pensionsbezüger und nichtzuletzt die AHV-Rentner, müssten in naher Zukunft auf den Teuerungsausgleich verzichten – wenn nicht gar auch einen realen Abbau der Rente in Kauf nehmen. Dies alles lehnen wir ab! **Je mehr Stimmberechtigte das Referendum unterschreiben – desto mehr Druck wird damit in «Bern» erzeugt!**

Markus Borner

Nein zur Pensionskürzung

Die Schweizer Demokraten ziehen mit beim Referendum gegen die Kürzung des Umwandlungssatzes. Die Kürzung würde für viele Arbeitende eine markant tiefere Pension bedeuten (vgl. Text oben). Diese würde vor allem jene Versicherten hart treffen, die nur Minimalrenten bei der zweiten Säule zu erwarten haben.

Unterschreiben Sie deshalb den beiliegenden Unterschriftenbogen «Nein zum Pensionsabbau»!